

Wissenschaftliche Evaluation des Quartiersmanagements Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz

Endbericht



Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Soziologie

Joachim Renn
Luigi Droste
Marko Heyse
Anne Schlüter
Laura Rademacher

Erhebungsjahr: 2021
Projektlaufzeit: Oktober 2020–März 2022
Datum des Berichts: März 2022

Durchführendes Institut:

Institut für Soziologie/Forschungsgruppe BEMA
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
<https://www.uni-muenster.de/Soziologie/BEMA/>

Projektteam: Prof. Dr. Joachim Renn, Dr. Luigi Droste, Dr. Marko Heyse, Anne Schlüter, M.A.,
Laura Rademacher, M.A., Lale Akarsu, M.A., Clara Radermacher

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Joachim Renn
j.renn@uni-muenster.de
Tel. +49 251-83-29431

Inhaltsverzeichnis

1.	Die Studie im Überblick	5
2.	Das Bürgerbeteiligungsverfahren im Umbauprozess der Ostseite des Hauptbahnhofs/des Bremer Platzes.....	8
2.1.	„Legitimation durch Verfahren“: Die Bewertung und Wahrnehmung des Beteiligungsverfahrens durch die beteiligten Interessengruppen	8
2.2.	„Agenten der Deliberation“?: Der Blick auf das Quartiersmanagement und „Aktivierung“ im Stadtraum	13
2.3.	„Die Stimme des Quartiers“?: Die Heterogenität der Anwohnerschaft	17
2.4.	„Strohfeuereffekte“?: Falsche, enttäuschte und korrigierte Erwartungen	19
2.5.	„Learning By Doing“?: Der „Lernprozess“ bei den Beteiligten.....	21
2.6.	Alles nur Suggestion? Der „Wert“ des Bremer Platzes	26
3.	Die Bedeutung der „Szene(n)“ im Umbauprozess.....	31
3.1.	Polarisierung im Quartier?: Divergente Haltungen gegenüber der „Szene“	31
3.2.	Irritation des „Modus Vivendi“?: Dilemmata und Inkompatibilitäten von imaginierten Zukünften.....	34
3.3.	Die „Szene(n)“ als „konstitutives Außen“ der Stadtgesellschaft?: Die latente Funktion der „Szene(n)“	35
4.	Forschungstransfer: Skizze einer detaillierten Zielreflexion für das „Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz“	36
5.	Vorsichtige Prognostik: Erwartungen für die Zukunft und mögliche Handlungsbedarfe.....	41
6.	Anhang	44
6.1.	Repräsentativität der Stichprobe (Quartiersbefragung im Hansaviertel).....	44
6.2.	Erhebungsmethode	45
6.3.	Fragebogenkonstruktion	47

1. Die Studie im Überblick

Im Rahmen der Planungen zur Umgestaltung der Ostseite des Münsteraner Hauptbahnhofs und des damit verbundenen Bürgerbeteiligungsverfahrens wurde die Stadtverwaltung Münster damit beauftragt, ein Quartiersmanagement für den Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz einzurichten. Dieses gibt es seit dem 01.07.2018. Zu den zentralen Aufgaben des Quartiersmanagements zählen,

- a) die Entwicklung von Kommunikationswegen, um alle Beteiligten und Interessengruppen zu erreichen,
- b) die Bereitstellung von Informationen zu Maßnahmen sowie aktuellen Planungs- und Bauschritten,
- c) die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessengruppen und Anliegern im Stadtraum.

Bereits mit Beginn der Vorarbeiten zur Bebauung wurden frühzeitig Maßnahmen in Abstimmung mit den Interessen- und Nutzergruppen im Stadtraum ergriffen, um negativen Entwicklungen im Stadtraum zu begegnen und einen Verbleib der ansässigen „Szene(n)“, der auf Grundlage eines Ratsbeschlusses fraktionsübergreifend politische Unterstützung gefunden hat, zu gewährleisten.

Ein „Runder Tisch“ mit vor Ort beteiligten Akteuren wurde zu Beginn als zentrales Instrument des Beteiligungsverfahrens installiert. Durch ein offenes Beteiligungsverfahren und die Umsetzung eines Delegationsprinzips an den Runden Tisch, an dem die unterschiedlichen Interessengruppen (neben Anwohnerschaft und Immobilienbesitzern und Gewerbetreibenden auch Polizei- und Ordnungsbehörden, die Kommunalverwaltung, soziale Einrichtungen mit und ohne Szenebezug und das Quartiersmanagement selbst) vertreten sind, gibt es prinzipiell für alle Interessierten die Möglichkeit, sich bei den Prozessen rund um den Bremer Platz zu engagieren sowie sich mit anderen Akteuren auszutauschen und zu koordinieren. Aktuelle Entwicklungen vor Ort, Anregungen und Sorgen werden am Runden Tisch vorgetragen und diskutiert, so dass auf dieser Grundlage konkrete Handlungsschritte entwickelt und eingeleitet werden können.

In dem Zusammenhang des Umbauprozesses und der Installation eines Quartiersmanagements wurde die Verwaltung auch damit beauftragt, eine wissenschaftliche Begleitung für das Quartiersmanagement für den Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz zu lancieren, um Erfolg und Performanz des Quartiersmanagements abzubilden und zu bewerten. Die wissenschaftliche Begleitung (in Form einer prozessbegleitenden Evaluationsstudie) wurde mit externer und neutraler Unterstützung durch ein Projektteam unter Leitung von Prof. Dr. Joachim Renn (Institut für Soziologie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster) im Zeitraum von Oktober 2020 bis März 2022 durchgeführt. Dabei sollte die wissenschaftliche Begleitforschung v.a. folgende Aspekte adressieren:

- Eine Hauptaufgabe der wissenschaftlichen Begleitforschung sollte in der Erweiterung der Wissensbasis im Hinblick auf die Sozialstruktur des Gebiets bestehen, die Informationen über unterschiedliche soziale Gruppen und „Communities“ im Stadtraum und deren spezifische Präferenzen, Meinungen und Einstellungen umfasst.
- Diese Wissensbasis sollte entsprechend im Aufgabenzusammenhang des Quartiersmanagements für den Aufbau eines Zielsystems verwertet werden. Insbesondere sollten dabei die Aspekte Netzwerkakteure, Gegenstandsbereiche und Beteiligungsformate adressiert werden.

- Ferner ging es darum, die Befunde und Ergebnisse rückzukoppeln und für die Interessengruppen am Runden Tisch aufzubereiten, in diesem Kreis zu präsentieren und gemeinsam zu diskutieren.
- Darüber hinaus wurde der Prozess als solcher umfassend durchleuchtet und evaluiert, u.a. im Rahmen einer Reflexion der bisher umgesetzten Maßnahmen und des Verfahrensverlaufs.
- Im Forschungsprojekt sollten nicht zuletzt die gewonnenen Erkenntnisse aufbereitet und für die entsprechenden Stellen in Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft verfügbar gemacht werden. Dies sollte – neben der offiziellen Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung zur Rückkopplung der aufbereiteten Evaluationsergebnisse – im Rahmen der Erstellung eines Endberichts (Zwischenresümee) erfolgen.

Gegenstand des vorliegenden Endberichts ist dementsprechend die Zusammenführung der in den verschiedenen Teilstudien und Sondierungen des Projekts gewonnen empirischen Befunde, auf deren Basis die Erstellung eines verallgemeinerbaren, großräumigen und facettenreichen Stimmungsbildes im Stadtraum Bremer Platz und im angrenzenden „Hansaviertel“ vorgenommen werden kann. Ebenso können auf Grundlage der Befunde eine kritische Rezeption der im Quartiersmanagement eingesetzten Dialogformen vorgenommen sowie Kriterien zur Beurteilung der Eignung dieser und alternativer Dialogformen (auch mit Blick auf die Adaption von Dialogformen in künftigen) Moderationsvorhaben entworfen werden.

Der Endbericht gründet dabei auf zwei empirischen Studien:

- a) Im Rahmen einer quantitativen Quartiersbefragung wurde ein umfassendes Stimmungsbild – also ein Abbild der verschiedenen Wahrnehmungen, Meinungen und Interessen vor Ort – in Bezug auf den Umgestaltungsprozess und potenzielle daraus resultierende Konsequenzen erstellt. Die Kennzahlen der kleinräumigen Gebietsgliederung der Stadtstatistik auf Stadtbezirks-/zellenebene bzw. Stimmbezirksebene können zwar einige Hinweise auf die demografische Struktur im Quartier sowie auf die Verteilung der Parteipräferenzen geben. Darüber, wie der Umgestaltungsprozess und das Verfahren von den Betroffenen vor Ort „übersetzt“ werden, können solche Kennzahlen jedoch keinen Aufschluss geben. Um etwas über die Ausformungen von Meinungen, Wissensbeständen und Interessenlagen zu erfahren, die mit dem Umbauprozess und dem Beteiligungsverfahren am Bremer Platz bei der Anwohnerschaft vor Ort verbunden sind, war deshalb die Durchführung einer Quartiersbefragung unter der Anwohnerschaft des Quartiers erforderlich.

Die quantitative Quartiersbefragung wurde als postalische Haushaltsbefragung konzipiert. In einem Brief an die Haushalte im Hansaviertel befand sich neben einem ansprechenden Anschreiben ein Fragebogen in Papierform (4 Seiten auf 2 Blättern) und ein vorfrankierter Rückumschlag. Außerdem war es möglich, über einen Web-Link und einen beigelegten individuellen Zugangscodes an der Webversion der Befragung teilzunehmen. Eine „Nachhaktaktion“ (ein abermaliges Anschreiben der Haushalte im Stadtgebiet nach zwei Wochen) fand nicht statt. Aufgrund des kleinräumigen Stadtraums wurde auf die Ziehung einer Stichprobe über das Einwohnermelderegister verzichtet und eine Vollerhebung angestrebt. Dementsprechend wurde jeder Briefkasten (=„Haushalt“) im Stadtraum (N=2.941) postalisch über einen Briefwurf kontaktiert. Für die quantitative Erhebung wurden zwischen dem 15.03.2021 und dem 06.04.2021 im Hansaviertel 2.941 Briefe verteilt. Insgesamt haben sich 981 Personen an der Umfrage beteiligt. Davon

haben etwa 20% (198 Personen) die Online-Variante gewählt und etwa 80% (783) haben den vorfrankierten Rückumschlag bevorzugt. Die Ausschöpfungsquote von 33,4% kann (a) angesichts des Themas, das nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen interessiert, (b) der Tatsache, dass keine Vorankündigung in der Presse vorgenommen wurde, und (c) angesichts des Verzichts auf eine Nachhaktaktion als sehr gut bezeichnet werden.

Die Befragung wurde aufgrund der kurzen Projektlaufzeit als Querschnittsbefragung konzipiert. Dementsprechend handelt es sich um eine empirische „Momentaufnahme“. Durch retrospektive und prospektive Einschätzungen, die die Befragten im Fragebogen vornehmen konnten, ist es generell zwar möglich, subjektive Einschätzungen von Entwicklungen nachzuzeichnen. Dabei sollte jedoch stets beachtet werden, dass diese Einschätzungen von den Befragten aus dem „Hier und Jetzt“, also der Gegenwart, vorgenommen werden und dementsprechend auch zu beurteilen sind.

Um die Befunde der Quartiersbefragung vergleichend einordnen zu können, wurde zeitgleich ein Teil der Fragen im Rahmen des Münsterbarometers – einer ebenfalls am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster durchgeführten Befragung unter der wahlberechtigten Münsteraner Bevölkerung – auch der Münsteraner Stadtgesellschaft gestellt.

Die Konzeption des bei der quantitativen Quartiersbefragung eingesetzten Fragebogens orientierte sich zum einen an Ansätzen aus der Stadt- und Regionalsoziologie, der politischen Soziologie sowie bereits vorliegender Forschung in ähnlichen Zusammenhängen, wurde zum anderen aber in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Quartiersmanagement und der entsprechenden Abteilung des Sozialamts entwickelt.

In einem separat beigelegten „Teilbericht“ finden sich umfassende tabellarische und grafische Auswertungen der quantitativen Quartiersbefragung. Im hinteren Teil dieses „Teilberichts“ finden sich detaillierte Ergebnisse in Form von Kreuztabellen unter Verwendung der erklärenden Variablen Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Wohndauer und Wohnform (Miete oder Eigentum). Interessierte finden hier eine tabellarische und „naturbelassene“ Übersicht jedes einzelnen Items der quantitativen Befragung. Damit fungiert dieser „Teilbericht“ als eine vertiefende und detailliertere Auswertung der Darstellungen des Hauptberichts und bietet Interessierten einen noch breiteren Überblick.

- b) Diese quantitative Erhebung des Stimmungsbildes im Quartier wurde mit einer qualitativen Studie (als „Tiefensondierung“) flankiert, in deren Rahmen unterschiedliche Beteiligte („Experten“) im Umbauprozess am Bremer Platz persönlich und tiefgehender interviewt wurden. Insgesamt wurden 7 Interviews geführt, von im Durchschnitt 86 Minuten Interviewlänge. Diese Interviews wurden vollständig transkribiert und mithilfe der Methode der makroanalytischen Tiefenhermeneutik vom Projektteam und im „Arbeitskreis Makroanalytische Tiefenhermeneutik“ im Rahmen gemeinsamer Auswertungssitzungen interpretiert. Das Analyseverfahren der makroanalytischen Tiefenhermeneutik ermöglicht es, über „Tiefenbohrungen“ die Komplexität und Vielschichtigkeit der Zusammenhänge und Hintergründe jenseits des manifesten Gehalts der quantitativen Analysen zu erforschen.

Im Rahmen von Analysen nach der Methode der makroanalytischen Tiefenhermeneutik werden dabei Fokusequenzen und bedeutsame Interviewpassagen identifiziert, auf deren Basis sich in einem zweiten Schritt dann (latente) „Sinnhorizonte“ identifizieren bzw. entschlüsseln lassen und Spannungen sowie „Übersetzungsleistungen“ zwischen verschiedenen Ebenen der Handlungskoordination (Personen, Milieus, Organisationen, Systemen) im Material ausfindig gemacht werden können. In zeitaufwändigen Interpretationssitzungen werden dabei – über die verschiedenen Perspektiven der Beteiligten – unterschiedliche Lesarten generiert und deren Gültigkeit wird fortlaufend am weiteren Material überprüft, bis schließlich eine Sättigung der Interpretation erreicht ist. Der für die qualitative Forschung typische zirkuläre Forschungsprozess der gleichzeitigen Datenerhebung und -analyse ermöglicht eine reversionsoffene Theoriegenerierung. Aufgrund der Analyse der Zusammenhänge unterschiedlicher Ebenen der Handlungskoordination ist das Verfahren der makroanalytischen Tiefenhermeneutik eine für unser Vorhaben geeignete Methode, die sowohl die verschiedenen Ebenen als auch deren „Übersetzungsverhältnisse“ in die Untersuchung miteinbezieht.

Tabelle 1: Übersicht über die verschiedenen Befragungsmethoden

Befragung	Methode	Erhebungszeitraum	Fallzahl	Rücklaufquote/ Ausschöpfungsquote
Quartiersbefragung im Hansaviertel	Postalische Befragung (PAPI + Online-Code)	März – April 2021	939 (198 Online, 783 PAPI)	33,4%
qualitative Interviews („Tiefensondierungen“)	Persönliches Face-to-Face-Interview über die Videotelefonat-Software Zoom (Audiomitschnitt)	April 2021 – Januar 2022	7	–

2. Das Bürgerbeteiligungsverfahren im Umbauprozess der Ostseite des Hauptbahnhofs/des Bremer Platzes

In einem ersten Schritt möchten wir im folgenden Teil dieses Endberichts das Bürgerbeteiligungsverfahren *selbst* in den Blick nehmen. Dabei werden wir auf die manifest geäußerten Wahrnehmungen und Bewertungen von Dialogformen und Partizipation durch die Anwohnerschaft und die anderen beteiligten Interessengruppen eingehen, aber auch auf Basis unserer tiefenhermeneutischen soziologischen Analysen Grenzen der Beteiligung, Wirkungsweisen und nicht-intendierte „Nebenfolgen“ thematisieren.

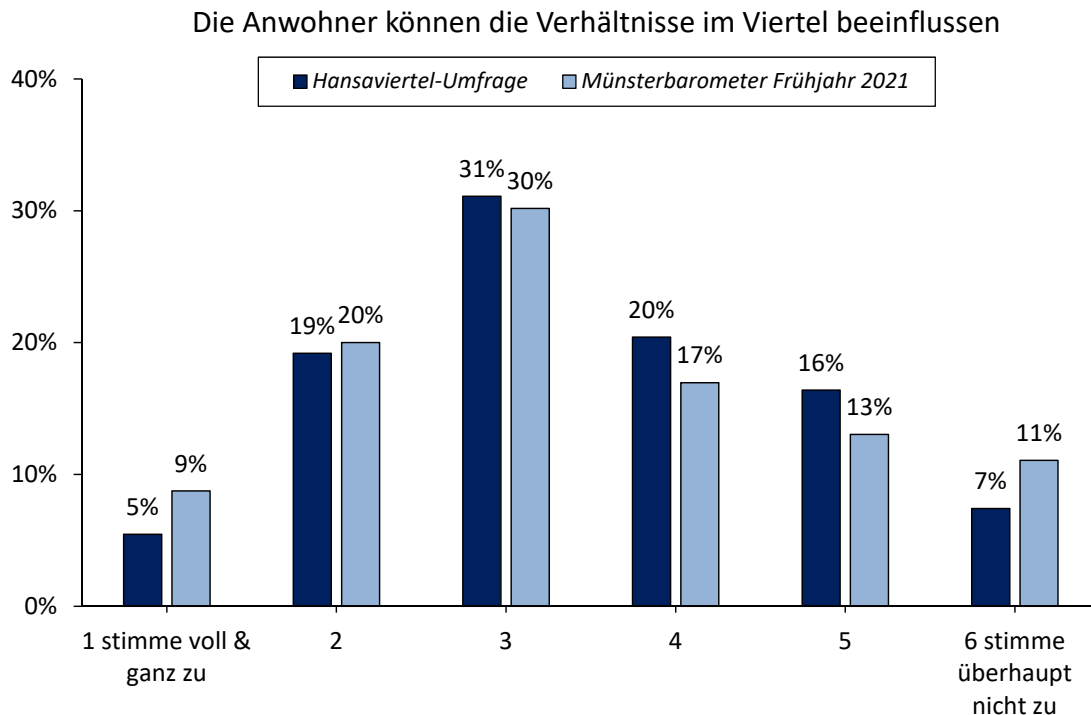
2.1. „Legitimation durch Verfahren?“. Die Bewertung und Wahrnehmung des Beteiligungsverfahrens durch die beteiligten Interessengruppen

Oftmals wird angenommen, dass die wahrgenommene „Responsivität“ – also die Wahrnehmung der Einflusschancen der Bürger auf politische Entscheidungszusammenhänge – zentral für die Erklärung der Zufriedenheit mit politischen „Outputs“ bzw. Lösungen ist.

Ein Blick auf die Verteilung eines politischen Einflussglaubens im Quartier (Abbildung 1) zeigt uns: Etwa ein Viertel der Befragten (23%) glaubt, dass die Anwohner die Verhältnisse im Viertel *nicht* beeinflussen können. Allerdings geht ebenfalls ein Viertel der Befragten (24%) vom genauen Gegenteil aus – nämlich, dass die Anwohner die Verhältnisse im Viertel sehr wohl beeinflussen

können. Etwa die Hälfte der Befragten (51%) nimmt hier keine eindeutige Positionierung vor. Ein Vergleich der Quartiersbefragung mit den Daten des Münsterbarometers zeigt ferner, dass die Verteilungen weitestgehend deckungsgleich sind und somit das Hansaviertel hier keine „Singularität“ repräsentiert.

Abbildung 1: Einflussglauben der Anwohnerschaft im Quartier



Nun sind natürlich die Verhältnisse im Quartier *an sich* nicht unbedingt mit der Neugestaltung des Bremer Platzes gleichzusetzen. Gefragt danach, ob sie auf die Neugestaltung des Bremer Platz Einfluss nehmen könnten (Abbildung 2), geben tatsächlich lediglich rund 6% der Befragten an, dass sie dem zustimmen. Die überwiegende Mehrheit (59%) sieht für sich selbst keinerlei Einflusschancen im Kontext der Neugestaltung. Ein Anteil von etwas mehr als einem Drittel der Befragten (35%) ist hier geteilter Meinung. Dies deutet erst einmal darauf hin, dass es – in Hinblick auf wahrgenommene Einflusschancen – offensichtlich einen großen Unterschied zwischen dem Quartier *per se* und der Neugestaltung des Bremer Platz *im Speziellen* gibt.

Nun wäre es natürlich möglich, dass eine solche weit verbreitete Wahrnehmung fehlender politischer Wirksamkeit bzw. Responsivität entweder mit mangelnden Optionen der Einflussnahme *als solchen* bzw. mit einer fehlenden Kenntnis über bestehende Optionen zusammenhängt oder aber mit mangelnder Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerschaft *innerhalb* solcher verfahrensspezifischer Optionen der Einflussnahme. Wie wir wissen, existieren im Kontext des Prozesses der Neugestaltung des Bremer Platzes solche Optionen der anwohnerschaftlichen und interessenspezifischen Einflussnahme faktisch tatsächlich an vielen Stellen. Im Rahmen von Anwohnertreffen und dem „Runden Tisch“ oder mit dem Quartiersmanagement als Anlaufstelle liegen unterschiedliche Optionen der Einflussnahme *prinzipiell* vor. Der Frage, inwiefern Wissen über diese Optionen besteht, soll unter 2.2 genauer nachgegangen werden (Abbildung 5).

Gibt es neben der Wahrnehmung fehlender Einflusschancen auch die Wahrnehmung versagter Anerkennung seitens der Anwohnerschaft im Verfahren der Neugestaltung? Ein Viertel der

Befragten (25%) ist der Ansicht, dass die Anwohnerschaft im Neugestaltungsprozess gefragt wird, allerdings behaupten mehr als 40% das genaue Gegenteil, nämlich, dass die Anwohnerschaft nicht gefragt wird, und nahezu ein weiteres Drittel (31%) äußert hier keine eindeutige Meinung (Abbildung 3).

Abbildung 2: Wahrgenommene Einflusschancen auf die Neugestaltung des Bremer Platzes

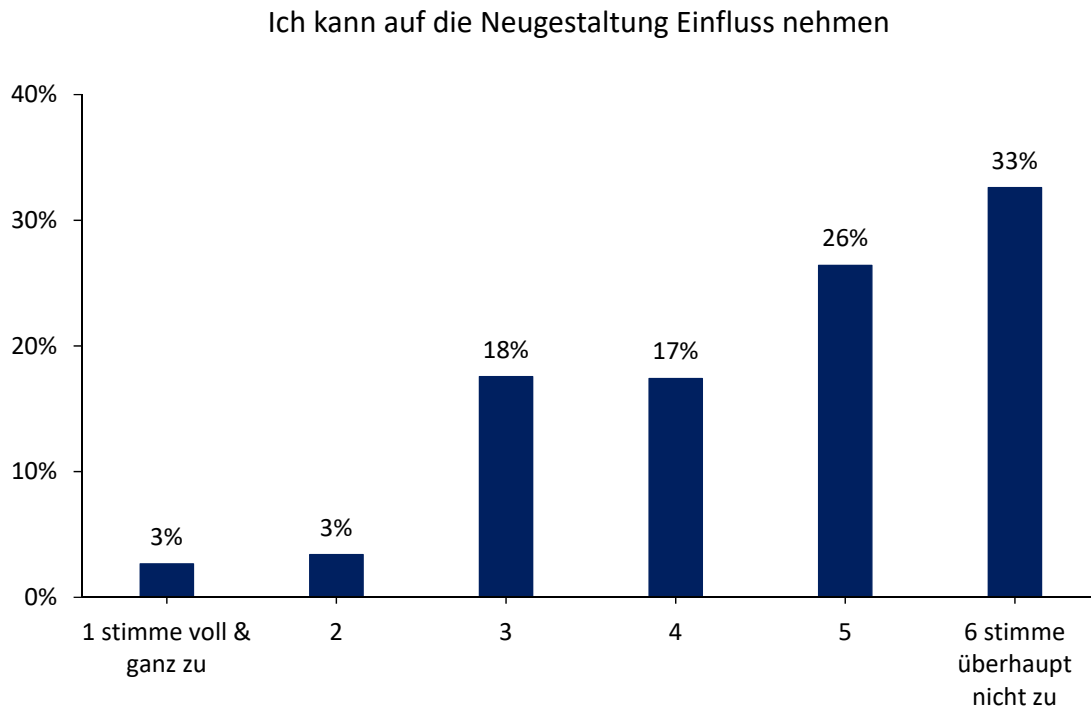
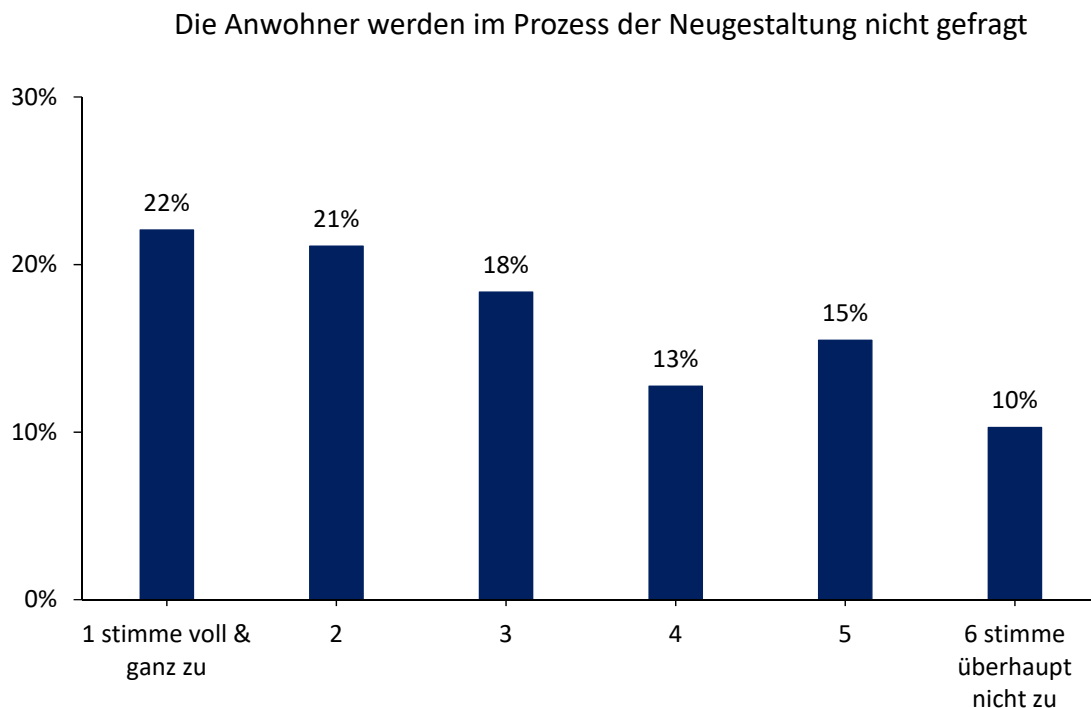


Abbildung 3: Wahrgenommene Anerkennung der Interessen der Anwohner im Umbauprozess des Bremer Platzes



Wir haben es also – rein quantitativ betrachtet – mit einer weit verbreiteten Wahrnehmung fehlender politischer Einflusschancen zu tun, die flankiert wird durch eine verbreitete Wahrnehmung einer fehlenden Anerkennung der Interessen der Anwohnerschaft im Prozess der Neugestaltung. Dies erscheint umso gravierender mit Blick auf die Haltungen der Anwohnerschaft zum Thema Bürgerbeteiligung sowie zu Formen politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung („Top-down“ vs. „Bottom-up“).

Tatsächlich befürworten mehr als 80% der Befragten auf einer theoretischen Ebene die Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerschaft im Umgestaltungsprozess (Tabelle 2). Lediglich eine kleine Minderheit (6%) nimmt hier eine konträre Position ein.

Tabelle 2: Haltungen zu unterschiedlichen Formen politischer Entscheidungsfindung

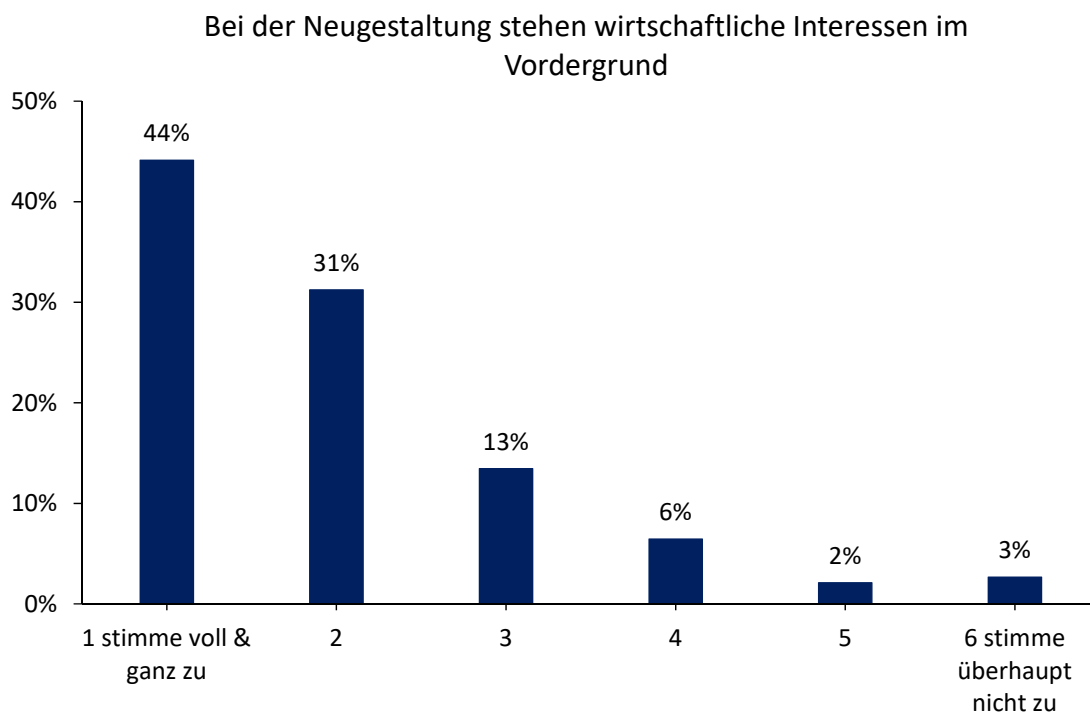
	stimme voll & ganz zu				stimme überhaupt nicht zu	
	1	2	3	4	5	6
Ich finde gut, dass die Interessen und Sorgen der Anwohner/innen Berücksichtigung finden	58%	23%	10%	3%	3%	3%
Die Entwicklung von Stadt und Stadtvierteln ist Sache des Stadtrats und des Oberbürgermeisters	4%	7%	13%	17%	27%	32%
Die Stadtverwaltung sollte die Bürger/innen so weit als möglich einbinden	67%	26%	6%	1%	1%	0%
Große Bauprojekte gehen heute immer auf Kosten der Bedürfnisse der Anwohner/innen	35%	27%	19%	8%	8%	4%

Es scheint für die Anwohnerschaft dementsprechend einen Unterschied zwischen Wunsch und wahrgenommener Wirklichkeit zu geben. Weiterhin ist ein Anteil von fast 60% der Meinung, dass Stadtentwicklung *keine* alleinige Aufgabe von Kommunalverwaltung und Lokalpolitik ist. Noch deutlicher wird das Meinungsbild zu Bürgerbeteiligung *per se*, wenn danach gefragt wird, ob die Stadtverwaltung die Bürgerschaft in politische Entscheidungsprozesse einbinden sollte. Hier geben mehr als 90% der Befragten an, dass sie eine Einbindung der Bürgerschaft befürworten. Es liegt innerhalb der Anwohnerschaft also eine weitreichende Befürwortung von Bürgerpartizipation vor. Gleichzeitig ist allerdings auch die überwiegende Mehrheit der Befragten (62%) davon überzeugt, dass große Bauprojekte stets auf Kosten der Bedürfnisse der Anwohnerschaft gehen. Hier wird ein Missverhältnis zwischen *normativen Erwartungen* bzw. Wertvorstellungen und *faktischer Erfahrung mit der Verfahrensausgestaltung* auf kommunaler Ebene deutlich. Bürgerbeteiligung wird dementsprechend von großen Teilen der Anwohnerschaft stark befürwortet und ein „Top-down-Durchregieren“ der Lokalverwaltung wird überwiegend kritisch betrachtet. Gleichzeitig ist der kollektive Einflussglaube bei der Anwohnerschaft im Quartier jedoch nur gering verbreitet, der Einflussglaube auf die Neugestaltung des Platzes nur marginal vorhanden und auch eine Anerkennung der Anwohnerinteressen seitens der Kommunalverwaltung wird lediglich von Teilen der Befragten wahrgenommen. Hinzu kommt ein verbreiteter Verdacht, dass bei der Neugestaltung wirtschaftliche Interessen vordergründig sind und es eben gar nicht so sehr um die Bedürfnisse der Anwohnerschaft vor Ort geht (Abbildung 4).

Im Allgemeinen wird (in der Literatur, aber auch bei den Beteiligten in den Kommunen) davon ausgegangen, dass es bei der „Bürgerbeteiligung“ oder bei partizipativen Formen demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung um die Wiedergewinnung der Passform zwischen Gesellschaftsdeutung (z.B. „gelebte Kommunaldemokratie“, „Bürgerpartizipation“) und demokratischer Entsprechung geht. Eine partizipative Ausrichtung der Politik wird über viele Ebenen hinweg – nicht allein auf der kommunalen Ebene – mittlerweile grundsätzlich als geltende „Norm“ verstanden. Nun gibt es aber von Seiten der Anwohnerschaft,

der Zivilgesellschaft, aktivistischer Milieus und (semi)professioneller Interessenvertretungen verschiedene Vorstellungen, was die genaue und lokal konkrete Ausgestaltung dieser „Norm“ betrifft. Dies zeigt sich an vielen Stellen in unserem qualitativ erhobenen Material. Auf Basis unserer qualitativen Befunde lassen sich nämlich differente Verständnisse („Typen“) von Beteiligung ausmachen, die von der Vorstellung eines (a) bloßen Informierens über relevante Vorgänge in der Stadtentwicklung, über (b) das Einholen des Meinungsbildes verschiedener Interessengruppen bis hin zu c) der Vorstellung einer „wirklichen“ Teilhabe an Entscheidungsfindungen reichen. Es zeigte sich ferner, dass Akteure mit einem *intensiven* Verständnis von Bürgerbeteiligung, das die tatsächliche Beteiligung an der Entscheidungsfindung einschließt, (d) in der Regel eine kritischere Bewertung des Beteiligungsverfahrens rund um den Bremer Platz vornehmen und eher den Vorwurf erheben, der Prozess diene vor allem der Legitimationsbeschaffung.

Abbildung 4: Überzeugung von der Relevanz ökonomischer Imperative



Trotz differenter Verständnisse von Bürgerbeteiligung und der quantitativ durchaus durchwachsenen Wahrnehmung der Einflussmöglichkeiten lässt sich auf Basis unserer qualitativen Befunde das Verfahren keineswegs als ein gescheitertes charakterisieren. Ganz im Gegenteil: Das Verfahren als solches erfährt von allen Seiten großes Lob und grundsätzlich eine positive Beurteilung. In keinem Interview wurde explizit geäußert, dass Verfahren sei eine reine „Alibiveranstaltung“. Vielmehr heben alle Beteiligten positiv hervor, dass überhaupt ein derartiges Verfahren initiiert wurde, dass sie Teil dieses Verfahrens sein dürfen und dass sie das Gefühl haben, ihre spezifischen Interessen und Bedürfnisse artikulieren zu können und von den jeweils anderen Parteien „gehört“ zu werden. Gerade die „Kommunikation“ – und dabei spezifischer die Option des „Sich-Luft-Machens“ und das gewachsene Verständnis für die jeweils anderen Sichtweisen – wird übergreifend positiv bewertet. Der Verdienst dafür wird typischerweise dem Quartiersmanagement (*in persona* des Quartiersmanagers) zugeschrieben (siehe dazu ausführlicher Abschnitt 2.2).

Von besonderer Auffälligkeit ist mit Blick auf die qualitativen Befunde nun aber: Während das Verfahren an sich und die Kommunikation im Verfahren äußerst positiv beurteilt werden, werden die gefundenen sachlichen Lösungen als weniger überzeugend charakterisiert. In der Tat finden sich im qualitativen Material unterschiedliche Anzeichen dafür, dass die sachlichen Lösungen eher als kritisch betrachtet werden. Hier finden sich nun verschiedene, bestimmte Varianten der Kritik: Die Lösungen werden erstens teilweise simpel als unrealistisch betrachtet, wobei mit Bezug auf die Sonderthematik „Suchtmilieus“ insbesondere Zweifel daran angemeldet werden, dass die „Szene(n)“ sich zukünftig tatsächlich ausschließlich auf der für sie zugewiesenen Fläche auf dem Bremer Platzes aufhalten werden. Zweitens werden die gefundenen Lösungen auch z.T. als „nicht stabil“ charakterisiert, da man sich auf ihre faktische Realisierung nicht immer verlassen kann. Der Grund dafür sind bestimmte „Sachzwänge“, die sich oftmals als unüberwindbare und stets lauende Demarkationslinien der Reichweite der Bürgerbeteiligung auf tun. Letzten Endes sind es in der Erfahrung der Beteiligten sehr spezifische, aber stets aufs Neue auftauchende Punkte: ausgeschöpfte Interimsmittel, feuerpolizeiliche Vorgaben oder kommunalrechtliche Rahmenbedingungen, die den im Verfahren erarbeiteten Lösungsansätzen und einer „Bottom-up-Entscheidungsfindung“ *ex post* ihre Grenzen aufzeigen und damit das Verfahren in das Licht einer Veranstaltung mit anderen als den offiziell angegebenen Zielen rücken (latente Funktionen). Drittens wird auch der *Weg* der Lösungsfindung von einigen Beteiligten als nicht besonders zielführend kritisiert. Zwar wird die offene Kommunikationskultur im Verfahren, wie oben beschrieben, durchweg gelobt; auf der anderen Seite wird das Verfahren aber z.T. als ein selbstreferentieller Prozess erlebt, in dem man nicht voran kommt, sich in der permanenten Diskussion über Kleinigkeiten erschöpft und dabei die wirklich „großen“ Fragen (wie beispielsweise staatliche Drogenpolitik, Gentrifizierung oder Quartiersaufwertung) gar nicht erst thematisiert bzw. thematisieren kann.

Vor dem Hintergrund doch teilweise deutlich artikulierter Kritik an den gefundenen sachlichen Lösungen, ihrer unzureichenden Stabilität sowie der Effektivität der Lösungsfindung stellt sich die Frage, warum das Verfahren in der Gesamtschau von den Beteiligten gleichwohl vorwiegend *positiv* bewertet wird, sprich: warum die gelungene Kommunikation im Prozess bei der Gesamtbewertung scheinbar stärker zu Buche schlägt als der faktische Output. Unsere qualitativ erschlossenen Erkenntnisse geben Aufschluss darüber, dass dies – wie in Abschnitt 2.2. genauer deutlich werden soll – vor allem mit der besonderen Rolle und Performanz des Quartiersmanagements bzw. genauer: *des* Quartiersmanagers im Verfahren zusammenhängt. Hinzu kommt im spezifischen Fall des Beteiligungsverfahrens am Bremer Platz aber noch eine weitere Besonderheit: Aufgrund der Komplexität des Problems ist den Beteiligten bewusst, dass es schwer ist, eine zufriedenstellende Lösung für alle beteiligten Interessengruppen zu finden, die gleichzeitig die Präsenz der „Szene(n)“ am Platz einschließt (dazu mehr in Abschnitt 3.2).

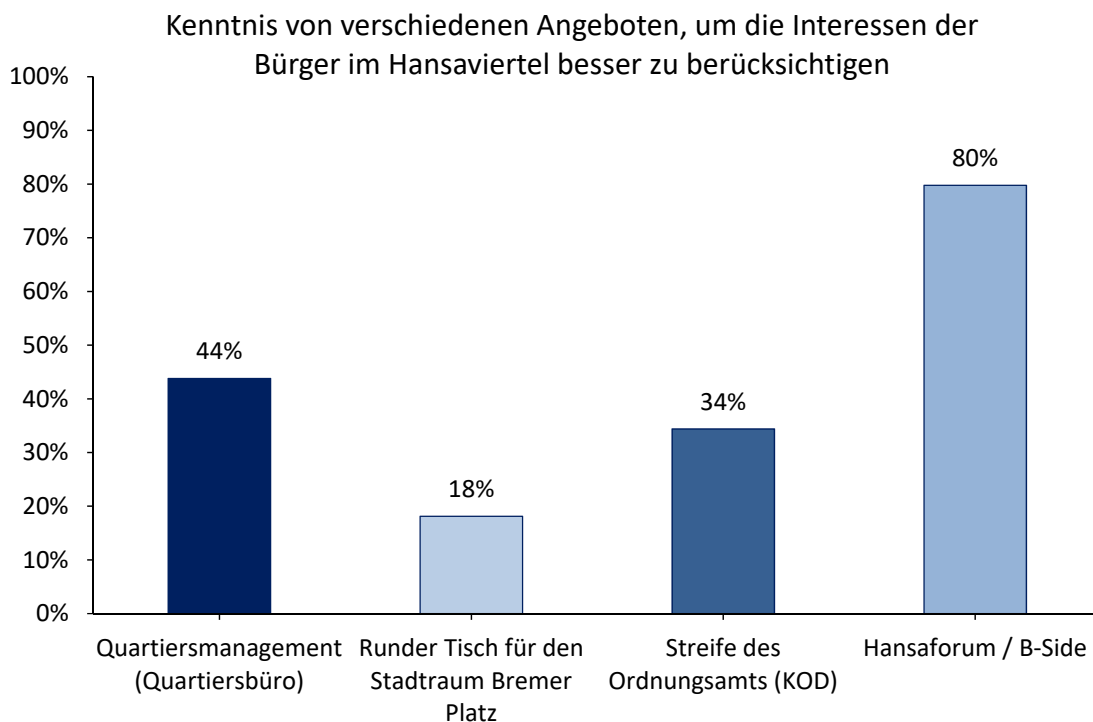
2.2. „Agenten der Deliberation“?: Der Blick auf das Quartiersmanagement und „Aktivierung“ im Stadtraum

Im Anschluss an die obige eher abstrakte Perspektive auf Bürgerbeteiligung werden wir nun einen Blick auf die konkret angewandten Instrumente und Instanzen der Bürgerbeteiligung und die damit verbundene „Aktivierung“ der Anwohnerschaft im Stadtraum werfen.

Ein Indikator für die Performanz des Quartiersmanagements stellt der Bekanntheitsgrad verschiedener Formen der Interessenvertretung dar. Ein *öffentliches* und *inklusive* Beteiligungsverfahren setzt zuallererst eine (zumindest rudimentäre) Kenntnis von Möglichkeiten der Partizipation bzw. der zur Wahl stehenden Einflusskanäle voraus.

Ein Anteil von 44% der Befragten kennt das Quartiersmanagement („Quartiersbüro“) am Bremer Platz (Abbildung 5). Der Bekanntheitsgrad des Hansaforums liegt mit einem Anteil von 80% zwar deutlich höher, hier ist aber zu bedenken, dass die Quartiersbefragung eben auch im gesamten Hansaviertel durchgeführt wurde und nicht nur in unmittelbarer Nähe des Bremer Platzes, dem eigentlichen Wirkungsbereich des Quartiersmanagements. Das Hansaforum verfügt also über einen größeren „Einzugsbereich“, ist aber auch in der lokalen Medienlandschaft und mit „Events“ im Quartier präsenter. Ein Anteil von 34% der Befragten haben Kenntnis von der Streife des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) und 18% der Befragten ist sogar der „Runde Tisch“ des Quartiersmanagements als Instrument der Interessenvertretung bekannt.

Abbildung 5: Kenntnis von unterschiedlichen Angeboten der Interessenvertretung im Quartier



Neben der Kenntnis von bereitgestellten Möglichkeiten der Partizipation (Zugängen) ist die generelle Bereitschaft zur Partizipation eine Grundvoraussetzung für Bürgerbeteiligung. Ein Anteil von 17% der Befragten würde sich auf Nachfrage gerne im Hansaviertel engagieren, bei 10% ist dies sogar bereits der Fall. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (53%) ist vielleicht dazu bereit und lediglich etwas mehr als ein Fünftel der Befragten (21%) kann sich das nicht vorstellen (Abbildung 6).

Die Anteilswerte in Hinblick auf den Bremer Platz sind z.T. recht ähnlich. Auch hier ist nahezu die Hälfte der Befragten (48%) vielleicht dazu bereit, sich beim Umbauprozess am Bremer Platz einzubringen. Mit 22% liegt der Anteil der Befragten, die sich gerne in Bezug auf den Bremer Platz engagieren würden, allerdings etwas höher als in Bezug auf das Hansaviertel (Abbildung 7). Dafür liegt der Anteil derjenigen, die sich bereits engagieren (4%), vergleichsweise deutlich niedriger und der Anteil derjenigen, die sich überhaupt nicht vorstellen können, sich zu beim Umbauprozess am Bremer Platz einzubringen, mit 27% im Vergleich etwas höher.

Abbildung 6: Engagement(-bereitschaft) im Quartier

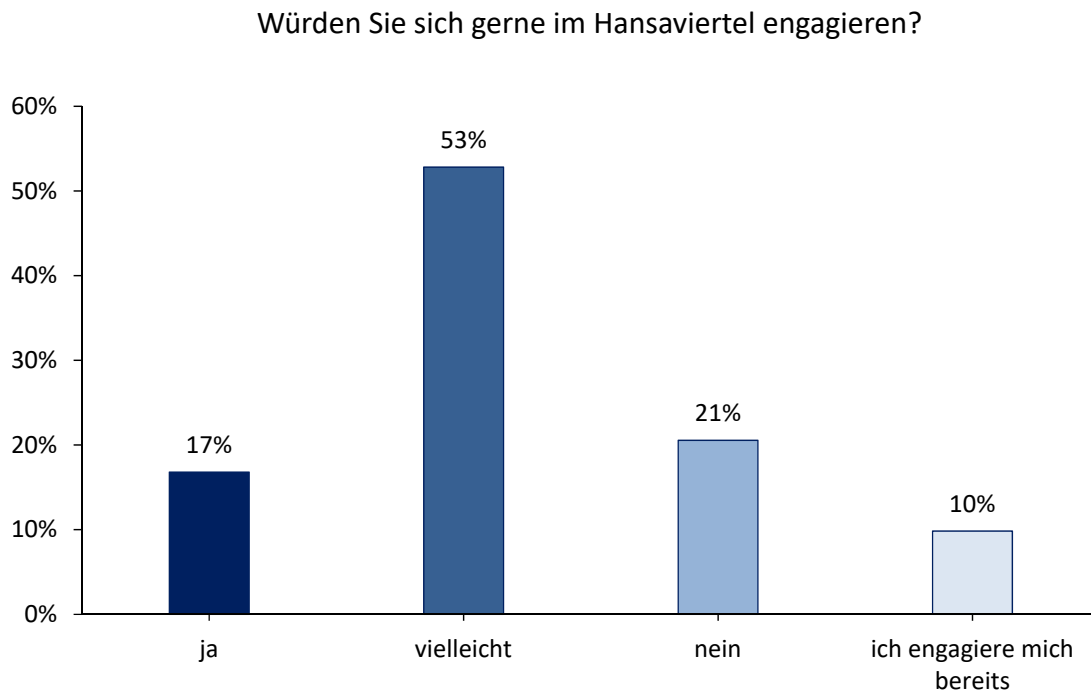
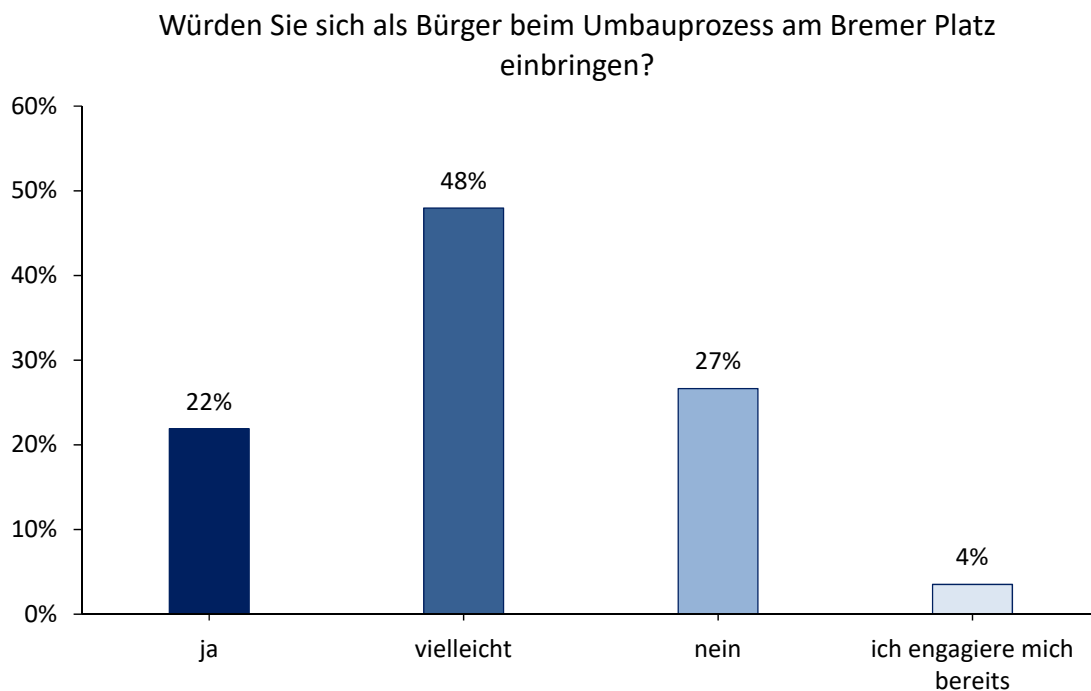


Abbildung 7: Engagement(-bereitschaft) beim Umbauprozess am Bremer Platz



Rufen wir uns noch einmal die obige Diagnose eines wahrgenommenen „Responsivitätsdefizits“ in Erinnerung, so sind diese Zahlen – was die Engagement-Bereitschaft betrifft – schon erstaunlich. Weitreichende Stimmungslagen von politischer Ohnmacht oder politischem Rückzug würden hier andere Effekte provozieren. Obgleich große Teile der Anwohnerschaft nicht davon überzeugt sind, dass sie auf irgendeine Art und Weise auf den Umgestaltungsprozess erfolgreich

einwirken können, sind mehr als ein Viertel der Befragten bereit, sich als Bürger beim Umgestaltungsprozess zu engagieren, bzw. tun dies schon, und fast die Hälfte gibt an, dass dies für sie eventuell in Frage kommen würde. Es lässt sich für das Quartier dementsprechend ein ausgeprägtes Engagementpotenzial und ein großes Interesse an Teilhabe attestieren.

„Aktivierung“ und „Beteiligung“ im Kontext des Umgestaltungsprozesses am Bremer Platz finden in weiten Teilen „übersetzt“ durch das Quartiersmanagement bzw. die dadurch initiierten Beteiligungsformate statt. Unsere qualitativen Daten zeigen hier: Wie das Beteiligungsverfahren an sich, so hat auch das Quartiersmanagement von allen Seiten großes Lob erfahren. Es lässt sich allerdings mit Blick auf das Quartiersmanagement eine hochgradige Personalisierung diagnostizieren. Das Lob erfährt nämlich in der Regel der Quartiersmanager als Person, nicht das Quartiersmanagement als organisationale Schnittstelle. In der Person des Quartiersmanagers werden Übersetzungs- und Moderationsleistungen in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessengruppen, eine „Blitzableiterfunktion“ für Frust und eine niedrigschwellige „Andockstelle“ an die Bezüge der Kommunalverwaltung vereint. Durch seine Moderations- und Mediationstätigkeiten schafft der Quartiersmanager einen Raum des kommunikativen Handelns. In diesem kommen alle Beteiligten zur Sprache, es herrscht wechselseitige Anerkennung und es wird stetig gemeinsam auf die Rationalisierung der Argumentation bzw. eine Versachlichung der Kommunikation hingewirkt. Trotz der oben bereits angedeuteten Unzufriedenheit mit den sachlichen Lösungen, das heißt dem Output des Beteiligungsverfahrens, wäre es daher zu einfach, die Arbeit des Quartiersmanagement als Arbeit an einer bloßen Suggestion deliberativer Willensbildung zu bezeichnen. Die Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten werden durch das Quartiersmanagement vielmehr in der Praxis der Problembesprechung berücksichtigt und anerkannt (*Sozialdimension*), wenngleich ihre Berücksichtigung im Zuge der Problemlösung (*Sachdimension*) aufgrund der bereits oben thematisierten Sachzwänge sowie aufgrund unveränderlicher Interessengegensätze (siehe hierzu ausführlicher Abschnitt 2.5) ihre natürlichen Grenzen erfährt.

Im Abschnitt 2.1 hatten wir zuvor die Frage aufgeworfen, wie es sein kann, dass die Gesamtbewertung des Beteiligungsverfahrens überwiegend positiv ausfällt, wenngleich die gefundenen Lösungen bzw. Lösungswege vielfach auch Kritik erfahren. Es wird nun deutlich, dass dies vor allem damit zu tun hat, dass die positive Gesamtbewertung des Verfahrens mit einer positiven Bewertung der Arbeit des Quartiersmanagements bzw. des Quartiersmanagers korreliert. Die Verantwortung dafür, dass das Verfahren nicht zu vollumfänglich überzeugenden Lösungen geführt hat, wird – wie unsere qualitativen Analysen zeigen – dabei nicht dem Quartiersmanagement, sondern „der Stadt“ zugeschrieben.

Die Stadt im Sinne der offiziellen administrativen Struktur bleibt dabei ein unscharfer Bezugsgegenstand, eine allgemeine Größe, die als Verantwortliche nur indirekt in der Liste von Monita adressiert wird. Dazu gehören: verkannte Anerkennung, bürokratische Inkompetenz, mangelnde Transparenz und „Top-down-Regieren“, ohne dass sich allerdings konkrete Forderungen bilden und diese verfolgt werden. Die allgemein verbreitete Einschätzung, dass die Behörden bei der Umsetzung auch von konsentierten Lösungsvorschlägen *inkonsequent* bis erwartbar unzuverlässig agieren (von Sachzwängen eingeholt werden), verdichtet sich deshalb nicht zu einer zielgenauen Gegenhaltung (oder gar zu Protest), weil ein Teil der deliberativen Qualität der Bürgerbeteiligung, und zwar die in der Sozialdimension liegende Anerkennung und „Erzeugung“ (!) berechtigter Bürgerinteressen wie auch artikulationsbedürftiger privater Überzeugungen, durch das Verfahren selbst tatsächlich (eher *vorbewußt* – *deswegen: Tiefenhermeneutik*) als erfüllt betrachtet wird. Das Moment der interaktiven, in der

wertschätzenden Auseinandersetzung erbrachten, *Konstitution* des Bürgerwillens (nicht nur der Anerkennung eines schon gegebenen Interesses), das im deliberativen Falle Teil der Erwartung an eine kunstgerechte Bürgerbeteiligung ist, wird durch die Vollzugsweise des Runden Tisches offenbar auf eine Weise bedient, so dass die vordergründig resümierende Kritik, es handele sich um eine reine, nur legitimatorische Inszenierung, zu kurz greift, sowie allerdings auch die explizite Zielsetzung des Quartiersmanagements: die „Versachlichung“ der Debatte, in einer Art produktiven Selbstmissverständnisses unterschlägt, dass Affekte im Verfahren nicht nur aus dem Prozess heraus gehalten werden müssen, sondern gerade durch den Prozess erzeugt und bedient werden (müssen).

2.3. „Die Stimme des Quartiers“?: Die Heterogenität der Anwohnerschaft

Als demokratischer „Souverän“ im Umbauprozess gelten dem zustimmungsfähigen Anspruch nach zwar die Münsteraner Bürger, von denen die Anwohnerschaft des Stadtraums am Bremer Platz lediglich einen kleinen Anteil darstellt. Die „Betroffenen“ sind allerdings die Anwohner und Interessengruppen im Quartier rund um den Bremer Platz. Dabei ist es wichtig im Blick zu haben: „Die“ Anwohner gibt es nicht, auch wenn im Prozess selbst i.d.R. auf „die Anwohnerschaft“ oder „das Quartier“ verwiesen wird. Sowohl unsere quantitativen Daten als auch unser qualitatives Material demonstrieren, dass die Anwohnerschaft *keine* gemeinsame und einheitliche „Stimme“ besitzt, sondern sich vielmehr durch Heterogenität und sogar Uneindeutigkeit auszeichnet.

Wie wir bereits oben an einigen Stellen feststellen konnten (und im Folgenden noch weiter feststellen werden), variiert die Anwohnerschaft z.T. markant mit Blick auf ihre Vorstellungen von Bürgerbeteiligung, ihre Quartiersverbundenheit und ihre Haltungen zur „Szene“. Ferner variiert die Anwohnerschaft auch stark mit Bezug auf ihren alltäglichen bzw. regelmäßigen Kontakt zum Bremer Platz (und zu den dort ansässigen „Szene(n)“ oder der Großbaustelle). Während Teile der Anwohnerschaft lediglich selten mit dem Bremer Platz in Berührung kommen, liegt der Platz bei anderen auf täglichen Wegen. Ein bestimmter Teil der Anwohnerschaft wiederum lebt außerdem in unmittelbarer Nähe zum Platz und befindet sich täglich in Sicht- und Hörweite des Platzes. Aus Gründen des Datenschutzes haben wir im Zuge unserer quantitativen Erhebungen nicht zwischen „direkten“ Anwohnern des Bremer Platzes und anderen Bewohnern des Hansaviertels unterschieden. Unsere qualitativen Erkenntnisse geben jedoch Hinweise darauf, dass es sinnvoll ist, zwischen beiden Gruppen zu differenzieren. So scheinen es im Beteiligungsverfahren überdurchschnittlich häufig die „direkten“ Anwohner zu sein, die eine eher kritische Haltung zur „Szene“ und deren Verbleib am Bremer Platz einnehmen.

In der soziologischen Sozialstrukturanalyse wird typischerweise davon ausgegangen, dass sozialstatistische Kategorisierungen im Allgemeinen auf damit verbundene Interessen verweisen. Tatsächlich zeigen die Ergebnisse unserer quantitativen Befragung, dass diejenigen, die sich im Umbauprozess am Bremer Platz engagieren, überproportional häufig im Rentenalter sind, schon länger im Quartier und länger in Münster leben sowie in Eigentum wohnen (Tabelle 3).

Tabelle 3: Engagement(-bereitschaft) und Sozialstruktur (Würden Sie sich als Bürger beim Umbauprozess am Bremer Platz einbringen?)

	Geschlecht		Alter				Schulabschluss			Total
	♀	♂	18-34	35-49	50-64	65-...	Haupt	Real	Abitur	
ja	18,4%	26,8%	22,9%	24,7%	19,6%	18,6%	16,3%	21,6%	22,2%	21,9%
vielleicht	51,3%	44,1%	46,7%	54,3%	50,0%	37,1%	32,6%	52,1%	48,5%	48,0%
nein	27,4%	26,0%	28,9%	16,0%	26,4%	34,3%	46,5%	24,0%	26,0%	26,6%
ich bringe mich bereits ein	3,0%	3,1%	1,5%	4,9%	4,1%	10,0%	4,7%	2,4%	3,3%	3,5%

	Wohndauer im Viertel			Wohndauer in Münster			Kinder im HH		Wohnung		Total
	kurz	mittel	lang	kurz	mittel	lang	ja	nein	Miete	Eigentum	
ja	25,0%	23,1%	20,9%	23,0%	23,8%	18,7%	21,9%	22,2%	22,3%	20,4%	21,9%
vielleicht	46,4%	45,1%	50,8%	44,0%	49,6%	47,2%	57,3%	47,0%	48,1%	45,9%	48,0%
nein	28,6%	30,2%	23,1%	33,0%	24,0%	28,1%	16,7%	27,6%	26,3%	27,6%	26,6%
ich bringe mich bereits ein	0,0%	1,5%	5,2%	0,0%	2,7%	6,0%	4,2%	3,2%	3,2%	6,1%	3,5%

Auch im qualitativen Interviewmaterial lassen sich an vielen Stellen Hinweise darauf finden, dass sich das Beteiligungsverfahren mit der „klassischen“ Problematik „repräsentativer“ Interessenvertretung konfrontiert sieht, die für partizipative und deliberative Formen der demokratischen Willensbildung typisch ist. So wurde in verschiedenen Interviews immer wieder auf die Problematik hingewiesen, dass Anwohner mit „extremen“ Meinungen im Verfahren überrepräsentiert sind und es dadurch zu Verzerrungen kommt.

Ein wichtiger Grund für die verzerrte „Repräsentativität“ der Praxis deliberativer Bürgerbeteiligung liegt darin, dass diese sehr voraussetzungsvoll ist. Nicht alle Anwohner verfügen über diejenigen „Ressourcen“, die für eine erfolgreiche Partizipation an diskursiven Verfahren notwendig sind. Hierzu zählen neben dem generellen Willen bzw. der Bereitschaft, sich zu beteiligen, auch verfügbare Zeit, eine zumindest rudimentäre Sachkenntnis, rhetorische Fähigkeiten sowie ein selbstbestimmtes, überzeugendes Auftreten. Doch all diese Eigenschaften sind in der Stadtgesellschaft bzw. im Quartier z.T. extrem ungleich verteilt. Wie sich zeigt, werden deliberative Arenen wie Anwohnertreffen und Mediationsverfahren, aber auch die verschiedenen (semi)professionellen Organisationen der quartierseigenen Zivilgesellschaft daher vornehmlich von Personen, die bestimmten Milieus zugehören und mit einem entsprechenden Habitus auftreten, dominiert. Diese Selektivität fördert der Tendenz nach, entweder über Akademisierung (gebildete Mittelschichten mit Freizeit), Affektgebundenheit („Wutbürger“) oder politische Lagermentalität („links-grün“), eine gewisse „elitäre“ Tendenz im Beteiligungsprozess.

Weit entfernt von einer rein persönlichen oder gar psychologischen Dynamik (die persönlichen Orientierungen bleiben typische Ausprägungen struktureller Art) zeigt sich in der Spezialisierung eines Typus des erfahrenen, beteiligten und wiederholt aktiven Bürgers (eines semiprofessionellen Dauerteilnehmers an partizipativen Verfahren) eine Art Ausdifferenzierung eines kommunikativen Sonderraumes: mit der Steigerung der Intensität organisierter (z.B. durch das Quartiersmanagement in Regie genommener und professionalisierter) Bürgerbeteiligung wächst nicht etwa die Nähe zwischen Bürgern (als „Betroffenen“) und kommunaler Behörde,

sondern ein Drittes entsteht: der soziale Zirkel einer „partizipativen Entrepreneurschaft“ (ein Subsystem zwischen Bürgern und Verwaltung), getragen von Routiniers der Problemdebatte, in dem die Sprache der Problemdefinition und der Interessenartikulation durch eine weitgehende Assimilation an die Sondercodes (Terminologie und Rhetoriken) von Verwaltung, Recht, Technik und Finanzwesen charakterisiert sind, so dass schließlich die zivilgesellschaftlichen Originalperspektiven der Bürgerschaft in der alltäglichen Form der Lebensführung, wenn überhaupt, so nur mehr in Übersetzung anschlussfähig werden.

Darin kann ein viabler „Modus Vivendi“ liegen, aber es gibt auch dysfunktionale Implikationen. Problematisch wird eine solche verzerrte „Repräsentativität“ in normativer Hinsicht insbesondere dann, wenn sich die „Vertreter“ als „Sprachrohr“ eines kollektiven und einheitlichen „Souveräns“ sehen und stilisieren und nicht beispielsweise als Interessenvertretung bestimmter Mehrheiten oder gar spezieller Partikularinteressen. In diesem Falle würden partikulare Interessen in den Prozess eingespeist, und das unter dem Deckmantel einer kollektiven Interessenrepräsentation unter der Berufung auf den Willen einer sich einigen Anwohnerschaft. Auf Basis unserer qualitativen Befunde lässt sich allerdings feststellen, dass es vermittels der ausgeprägten Unterschiedlichkeit der Vertreter der Anwohnerschaft am Runden Tisch gelungen ist, zumindest ein Spektrum an verschiedenen Meinungen und Positionen abzubilden. Nichtsdestotrotz sollte stetig reflektiert werden, dass diese nicht die Gesamtheit der Meinungen und Positionen der Anwohner des Hansaviertels abbilden bzw. abbilden können.

Vor diesem Hintergrund einer „elitären“ und „partikularistischen“ Schlagseite können aus demokratietheoretischer Sicht Verfahren der Bürgerpartizipation und deliberativer Entscheidungsfindung nur so lange als unproblematisch gelten, wie solche Verfahrensformen „klassische“ Beteiligungsformen lediglich ergänzen, jedoch nicht als Substitut für diese fungieren. Das heißt, dass auch im kommunalpolitischen Kontext (auf Quartiersebene) Ergebnisse der Deliberation durchaus in den politischen Prozess „übersetzt“ werden können, sie sollten jedoch nicht an Stadtrat und Kommunalverwaltung vorbei („zwanglos“) umgesetzt werden.

2.4. „Strohfeuereffekte“?: Falsche, enttäuschte und korrigierte Erwartungen

Zwar bedeuten also enttäuschte *sachliche* Erwartungen noch lange nicht das Scheitern der Bürgerbeteiligung und des Quartiersmanagements. Allerdings sind die langfristigen Effekte fortgesetzt erlebter Diskrepanzen zwischen einer (kaum auf Dauer zu stellenden) Anerkennung durch Einladung und Dauergespräch einerseits und sachlicher Problemgeschichte (Folgen des materiellen Umbaus des Stadtraumes für die Lebensqualität) andererseits, zu beachten. Deswegen ist ein zweiter Blick auf die erwähnten Enttäuschungen – in Vorbereitung einer angemessenen Gesamteinschätzung – nötig. Nicht allein die quantitativen Befunde zum Missverhältnis zwischen normativen Vorstellungen politischer Entscheidungsfindung und wahrgenommener demokratischer Responsivität verweisen auf mögliche durch das Beteiligungsverfahren selbst (geweckte, dann aber) enttäuschte Erwartungen. Insbesondere im qualitativen Material stößt man überall auf das Motiv und auf Varianten falscher bzw. enttäuschter Erwartungen. Die verwaltungsseitig durchgeführte Bürgerbeteiligung deckt sich zumindest mit einigen offenen und auch verdeckten Erwartungen aller Bürger-Fraktionen bzw. der Ausformungen kommunaler Zivilgesellschaft ganz offensichtlich nicht.

Wie kommt es nun zu Erwartungsenttäuschungen und welche Folgen (und nicht-intendierten „Nebenfolgen“) ergeben sich daraus? Unsere Tiefensondierungen verweisen darauf, dass sich Erwartungsenttäuschungen aus den Erfahrungen mit den Beteiligungsformaten und den

Prozessen ergeben, die sich in diesen Formaten vollziehen, wobei hier verschiedene Typen der Erwartungsenttäuschung bzw. des Umgangs damit identifiziert werden können.

Auf Grundlage des qualitativen Materials lässt sich ein soziales Phänomen identifizieren, das einen Teil der Dynamik, eine Entwicklung, die ihren Charakter erst bei ausreichender Laufzeit des Prozesses offenbart: der „Strohfeuereffekt“. Die verwaltungsseitig getätigten „Investitionen“ in Partizipation und „Aktivierung“ haben anfangs positive „Effekte“. Im Quartier herrscht bei weiten Teilen der Anwohnerschaft bzw. bei zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Aufbruchsstimmung und ein ausgeprägter Optimismus. Wie oben beschrieben, macht zunächst die pure Faktizität eines aktiv initiierten Kommunikationsprozesses einen Unterschied im Erleben und bezüglich der Akzeptanz kommunaler Steuerungsvorhaben. Zu Beginn erzeugt die im Verfahren verstetigte „Anrufung“ der Anwohner als kommunikatives Gegenüber und als politisches Subjekt mit interessanten Wünschen, Werten und Hoffnungen bereits einen positiven Effekt. Diese Effekte schwächen sich allerdings im Verlauf des Verfahrens ab. In der Ökonomie spricht man von sogenannten „Sickerverlusten“, infolge derer die „Nachfrage“ langfristig wieder auf das Ausgangsniveau zurückgeht. Analog dazu ergeben sich „Sickerverluste“ im Zuge des Beteiligungsverfahrens aus der Konfrontation mit den variantenreichen Grenzen von Bürgerbeteiligung. Diese Varianten der Enttäuschung können durch sektorale Sachzwänge provoziert werden, die – wie bereits in Abschnitt 2.1 beschrieben – auf ökonomischer, formal rechtlicher, polizeilicher oder bürokratischer Ebene auftreten, sowie durch Grenzen der Konsensfindung aufgrund unveränderlicher Interessenkonflikte (dazu mehr in Abschnitt 2.5). Hinzu kommen „Abnutzungserscheinungen“, die aus der Konfrontation mit den „Eigenzeiten“ der kommunalen Verwaltungsbehörden resultieren, sowie im speziellen Zeitraum „Abnutzungserscheinungen“, die durch die Auswirkungen der Coronapandemie im Verfahren entstanden sind (z.B. durch die Digitalisierung der Gremienarbeit).

Solche Erwartungsenttäuschungen variieren, und die Unterschiede beruhen nicht zuletzt auf unterschiedlichen Ausrichtungen der jeweiligen Erwartung: Während die Reaktion auf die genannte „Anrufung“ durch das Verfahren durchaus streut (die kleine Gruppe der Routiniers verdankt z.B. dem Verfahren einen kleinen, aber womöglich persönlich relevanten Statuswechsel), geht die Befriedigung des sachlichen Interesses, und konkreter lebensweltlicher Bedürfnisse der Tendenz nach unterwegs, „gefühl“, eher leer aus. Es gibt also verschiedene Enttäuschungen (und Intensitäten: z.B. werden hochtrabende Partizipationserwartungen im Lichte einer basisdemokratischen Norm maximaler Selbstbestimmung stärker frustriert als moderate Bedürfnisse, „gehört und geschätzt zu werden“).

Aber auch gleichartige Enttäuschungen werden dabei auf ganz unterschiedliche Weise verarbeitet. Dies bedeutet, dass sich „Strohfeuereffekte“ (das Abebben euphorischer Anfangsstimmungen, das in eine negative Bilanz der Stimmung im Vergleich zur Zeit „vor der Beteiligung“ umschlagen kann [Stichwort: „Verdrossenheit“]) in der Theorie auf verschiedene Art und Weise zeigen können. In einem ganz „klassischen“ Sinne folgt aus der Konfrontation mit Erwartungsenttäuschung oftmals ein Rückzug. Hier äußert sich die Erfahrung mit politischer Ohnmacht in politischer Apathie oder affektgeladenem stillem Protest. Neben einem Rückzug aus der öffentlichen politischen Sphäre der demokratischen Teilhabe sind auch Fragmentierungserscheinungen denkbar. Die Erfahrung mit den Grenzen des Verfahrens führt unter solchen Bedingungen zur Verfestigung neuer milieuartiger Vergemeinschaftungsformen, deren heterogen zusammengesetzte Anhängerschaften kein Interesse mehr daran zeigen, an einem gemeinsamen „Projekt“ teilzuhaben, sondern vielleicht sogar im Zeichen von „Gegenkulturen“ versuchen, das Verfahren zu umgehen bzw. sogar zu torpedieren. Neben

diesen beiden Formen der Bearbeitung von Erwartungsenttäuschung kann sich aus der Unzufriedenheit mit den „Outputs“ des Verfahrens auch eine „neue“ Mobilisierung entwickeln. Man wurde zwar enttäuscht, versucht aber in einem neuen Anlauf noch einmal Zugriff auf die Problemlösungen zu bekommen.

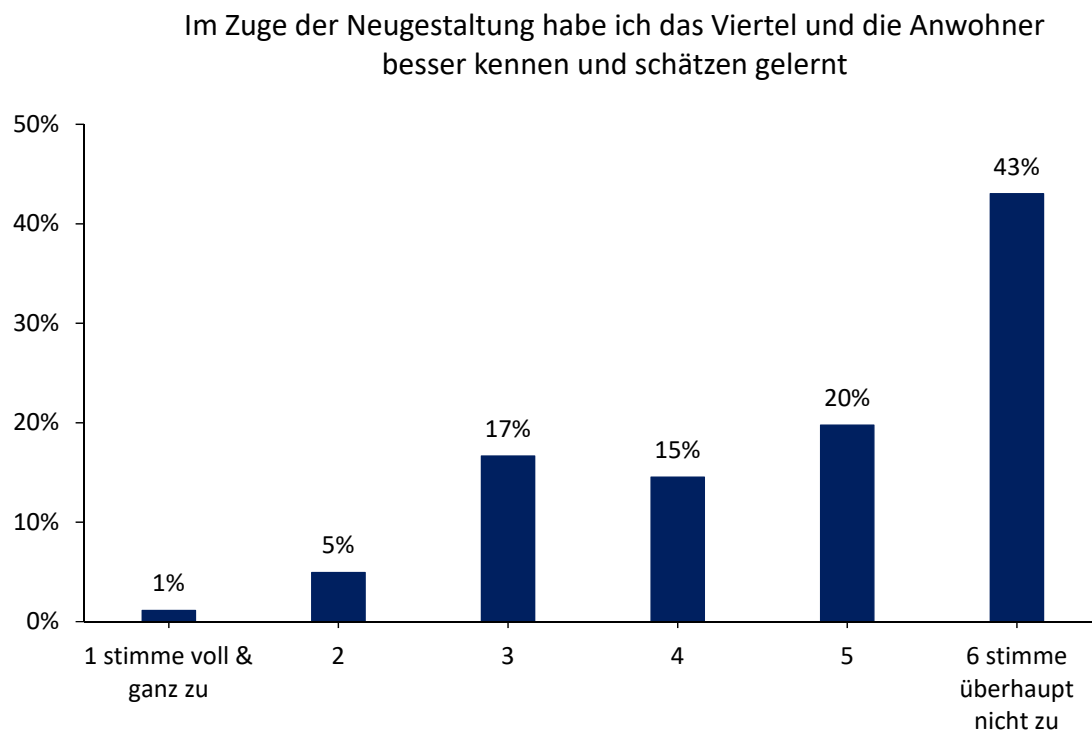
Die Frage, wie die Beteiligten auf die erfahrenen und potentiell noch kommenden Erwartungsenttäuschungen im Verfahren reagieren, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend abgeschätzt werden, denn sie hängt maßgeblich mit dem weiteren Verlauf des Prozesses zusammen, in dem sich erst praktisch und konkret erweisen wird, in welchem Maße sachliche Notwendigkeiten die Umsetzung auch kleiner, aber der gemeinsamen Konsensfindung entsprungener Detail-Lösungen behindern. Die quantitativen Erkenntnisse zur weiterhin allgemein hohen Beteiligungsbereitschaft sowie die qualitativen Erkenntnisse zur überwiegend positiven Gesamtbewertung des Teilnahmeverfahrens sprechen dafür, dass ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation in der Regel bisher keine weite Verbreitung gefunden hat. Wie wir weiter oben darlegt haben, hängt dies maßgeblich zusammen mit der besonderen Rolle des Quartiersmanagements im Teilnahmeprozess und dem sich ausbildenden Eigenwert des Verfahrens als solchem (als einer institutionell und symbolisch verwirklichten Art der Anerkennung der BürgerInnen als dem kommunalpolitischen Gegenüber). Zur Vorbeugung von „Strohfeuereffekten“ und zur Bearbeitung von Enttäuschungserfahrungen ist es daher unerlässlich, das Quartiersmanagement auch langfristig als Institution im Stadtraum zu installieren (siehe dazu ausführlicher Abschnitt 4).

2.5. „Learning By Doing“?: Der „Lernprozess“ bei den Beteiligten

Bürgerpartizipation im Rahmen deliberativer Ansätze bedeutet, dass in einem *öffentlichen und inklusiven* Diskurs all jene Gründe aussortiert werden sollen, die nicht verallgemeinerungsfähig sind, zudem aber, dass sich der partikulare politische Wille, das einzelne Interesse der Privatbürger in einer die Rationalität ihrer Überzeugungen (sachlich wie normativ) steigernden Weise als eine autonome Größe überhaupt erst *kommunikativ* bildet. Die entsprechenden Verfahren sollen demgemäß nicht allein zur Information über gegebene Sachverhalte (Planungen) und zur Aufklärung und wechselseitigen Mitteilung über bereits existierende Präferenzen verhelfen, sondern sie sollen als eine Art Autonomie und Solidarität verbindendes „moralisches Reinigungsmittel“ fungieren. Im Anschluss an eine solche Sichtweise impliziert die Erwartung an ein Verfahren von Bürgerpartizipation typischerweise das Interesse an verankerten Chancen für „Lernprozesse“.

Inwieweit lassen sich nun solche Lernprozesse bei den Beteiligten beobachten? Können wir den Fall ausmachen, dass Beteiligte ihre Ansichten zu strittigen politischen Themen gegebenenfalls emotional und intellektuell revidiert haben? Auf den ersten Blick widersprechen unsere quantitativen Befunde einem Lernprozess von großer sozialer Reichweite, da nur kleinere Teile der Befragten *bei sich selbst* retrospektiv einen persönlichen Entwicklungs- bzw. Wandlungsprozess feststellen. So ist lediglich ein Anteil von 6% der Befragten der Meinung, im Zuge des Umbauprozesses die Anwohner im Quartier besser kennen und schätzen gelernt zu haben (Abbildung 8). Fast zwei Drittel der Befragten (63%) geben an, dass dies für sie nicht zutrifft.

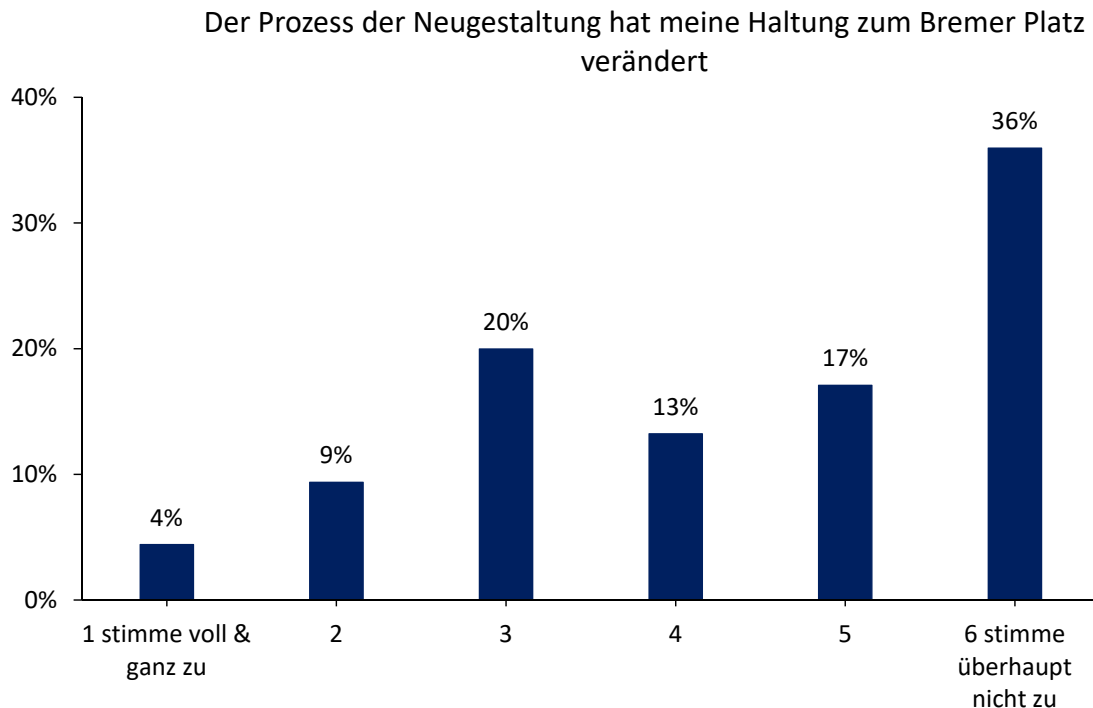
Abbildung 8: Wertschätzung gegenüber anderen Anwohnern durch den Prozess



Auch lediglich eine Minderheit der Befragten (14%) gibt an, dass der Prozess der Neugestaltung die eigene Haltung zum Bremer Platz verändert hat (Abbildung 9). Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) sieht bei sich selbst keinen Haltungswandel im Zuge des Umbauprozesses und Beteiligungsverfahrens. Auffällig ist hier jedoch, dass sich etwa ein Drittel der Befragten nicht eindeutig positionieren kann/möchte und die mittleren Werte auf der Skala bevorzugt. Generell deuten diese Ergebnisse erst einmal nicht auf einen Prozess vernunftgeleiteter „Dezentrierung“ oder des empathischen Interessenabgleichs. Bedacht werden muss allerdings, dass sich weitaus nicht alle Befragten im Prozess rund um den Bremer Platzes engagiert haben (vgl. Abbildung 7) – was natürlich die Voraussetzung dafür ist, dass ein Lernprozess überhaupt hätte stattfinden können.

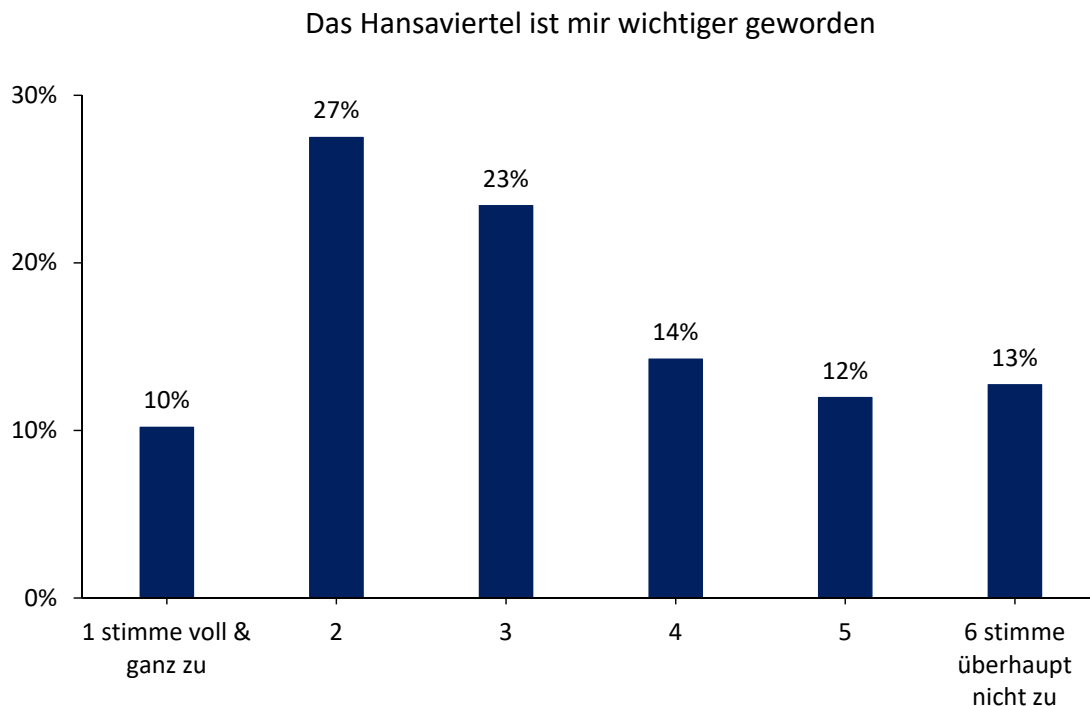
An dieser Stelle lässt sich dann auch eine weitere, in unseren Ausführungen bisher nur am Rande thematisierte Grenze der Leistungsfähigkeit deliberativer Verfahren beobachten. Diese besteht, wie in unserer qualitativen Analyse deutlich wurde, darin, dass die Beteiligten ihre (partikularen) Interessen teilweise gar nicht zur Disposition stellen. Ein Austausch von Argumenten, ob das eigene Interesse zugunsten verallgemeinerbarer Interessen revidiert werden kann (wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht), findet gar nicht in jedem Fall statt. Dies trifft nicht nur auf Personen zu, die als Vertreter von Institutionen in den Beteiligungsprozess involviert sind und damit organisational gebundene Interessen verfolgen, sondern auch auf Teile der Anwohnerschaft. Wenngleich alle Interviewten betonen, dass das gegenseitige Verständnis für die jeweils anderen Positionen durch den Prozess stark gefördert wurde, folgt aus dem gesteigerten Verständnis für die andere Position noch keine substantielle Veränderung der eigenen. Soweit also eine substantielle, ergebnisoffene politische Willensbildung zugunsten einer wertschätzenden Willens-Zurkenntnisnahme zurück gefahren bleibt, ist es kein kommunikatives Handeln etwa im Habermas'schen Sinne, das sich, geführt und initiiert in der Interessenmoderation des Quartiersmanagement, vollzieht.

Abbildung 9: Wahrgenommene Änderung der eigenen Haltung zum Bremer Platz im Prozess



Dieses Bild ist allerdings nicht vollständig, wenn berücksichtigt wird, dass die maximal anspruchsvolle Version einer kommunikativen Willensbildung nicht die einzige Dimension möglicher Lernprozesse darstellt. Obgleich sich die obigen Befunde nicht unbedingt im Zeichen einer Interessentransformation durch Konfrontation mit konträren Meinungen interpretieren lassen, zeigen die quantitativen Befunde doch auf, dass an einigen Stellen selbstberichtete Veränderungen bei den Befragten mit Blick auf die Verbundenheit mit dem Hansaviertel zu beobachten sind. So ist etwa für 37% der Befragten das Hansaviertel im Zuge des Umbauprozesses wichtiger geworden, lediglich für ein Viertel der Befragten (25%) hat sich diesbezüglich nichts geändert (Abbildung 10). Zu den „Nebenfolgen“ des Beteiligungsverfahrens zählt offensichtlich eine persönliche „Wertsteigerung“ des Quartiers. Dies ist auf den ersten Blick durchaus überraschend, da der Umgestaltungsprozess unter den Vorzeichen von städtebaulicher Quartiersaufwertung, konsumgesellschaftlicher Attraktivitätssteigerung und offener Gentrifizierung initiiert wurde. Diese Vorzeichen machen erst einmal Investoren, Geschäftsleute und einen kleinen Teil der Anwohnerschaft mit Immobilieneigentum zu den Profiteuren des Umgestaltungsprozesses. Für große Teile der Anwohnerschaft wirken die z.T. offensichtlichen Ziele der am Umgestaltungsprozess beteiligten Interessengruppen mit finanzieller Renditeerwartung bedrohlich, da sie nicht nur in Zivilgesellschaft und Quartier vorherrschende Vorstellungen von Stadtgesellschaft in Frage stellen, sondern auch mittelfristig für die eigene Lebensform großer Fraktionen der Anwohnerschaft negative Folgen haben können (z.B. steigende Mieten).

Abbildung 10: Perzipierte persönliche Relevanz des Quartiers durch den Umbauprozess



Wie lässt sich also erklären, dass der Umbauprozess des Bremer Platzes – als Lernprozess – gerade zu einer verstärkten Verbundenheit mit dem Hansaviertel geführt hat?

Zum einen sind hier paradoxerweise die negativen antizipierten Effekte und Nebenfolgen zu nennen, die der Umgestaltungsprozess evoziert hat. Bei Teilen der Anwohnerschaft haben sich Haltungen ausgebildet bzw. verdichtet, die auf eine Art zivilgesellschaftlich formierter Verteidigungsbereitschaft des Quartiers gegen *externe Imperative* hindeuten. Extern erwartete Einflüsse und Zugriffe haben kollektive Bedrohungsgefühle ausgelöst, die wiederum mit Gefühlen gemeinsamer Verbundenheit zusammenhängen. Fast ein Drittel der Befragten (32%) ist der Ansicht, das Hansaviertel entwickle sich zum Nachteil (Abbildung 11). Dass ein etwa gleich großer Anteil der Befragten (31%) hier aber der entgegengesetzten Meinung ist und der Aussage zustimmt, das Viertel entwickle sich nicht zum Nachteil, zeigt abermals, wie heterogen die Anwohnerschaft in ihrer Meinung ist. Es lassen sich allerdings markante Differenzen im Vergleich zu Münster als Ganzem konstatieren. Im Hansaviertel zeigt die Wahrnehmung einer negativen Quartiersentwicklung ein weitaus ausgeprägteres Ausmaß.

Zum anderen zeigen unsere Befunde, dass dieses selbstberichtete gesteigerte Verbundenheitsgefühl offensichtlich etwas mit der Arbeit des Quartiersmanagements zu tun, da es über Vernetzung, Kooperation und Zusammenkünfte überhaupt erst so etwas wie eine „Nachbarschaft“ erzeugt hat und zu einem quartiersbezogenen „Wir-Gefühl“ beigetragen hat. Insgesamt fühlen sich aktuell etwas mehr als drei Viertel (77%) der Befragten im Hansaviertel daheim, weisen also eine starke Verbundenheit mit ihrem Wohnviertel auf (Abbildung 12). Für Gesamtmünster liegt der entsprechende Anteil mit 88% hier zwar höher. In Bezug auf das Hansaviertel – einem Wohnviertel, das einer starken Fluktuation unterliegt – ist eine solch ausgeprägte „Quartiersidentität“ allerdings beachtlich.

Abbildung 11: Wahrnehmung einer negativen Quartiersentwicklung

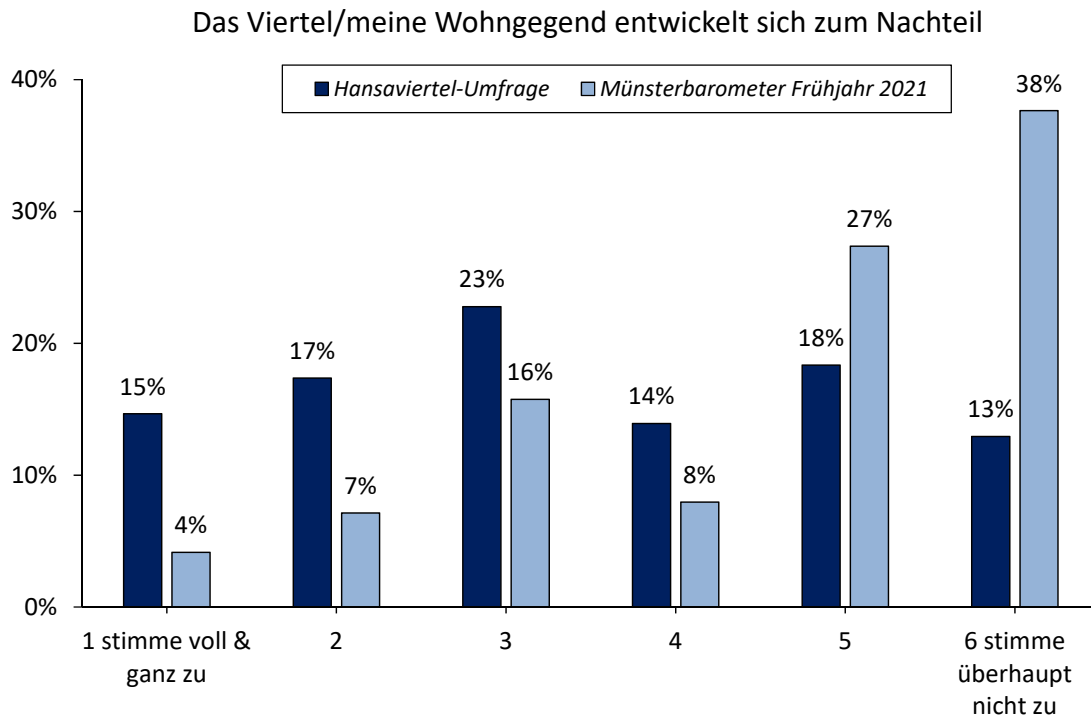
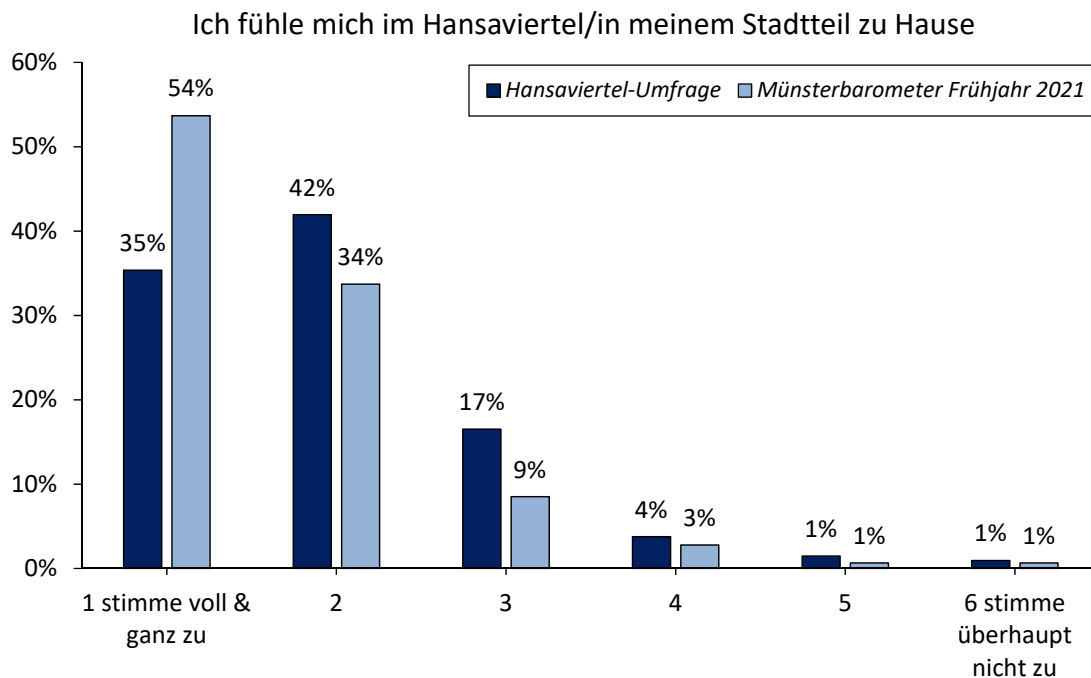


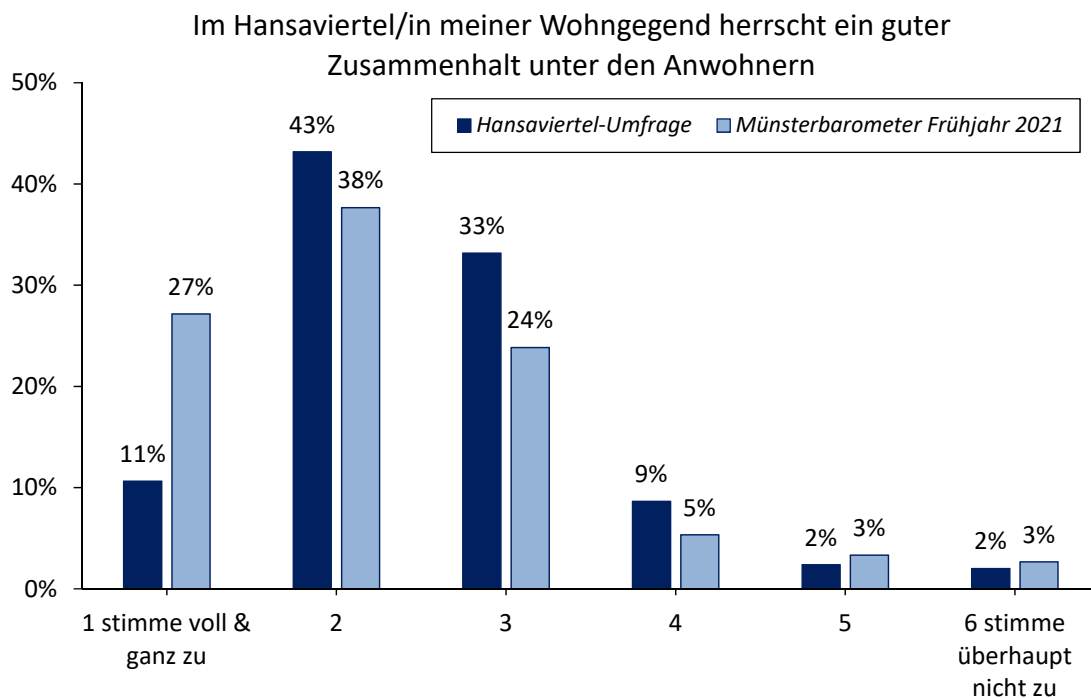
Abbildung 12: Gefühlte Verbundenheit mit dem Quartier



Mehr als die Hälfte der Befragten (54%) ist außerdem derzeit der Meinung, dass unter den Anwohnern im Hansaviertel ein guter Zusammenhalt herrscht (Abbildung 13). Im Vergleich mit Gesamtmünster fällt dieser Wert allerdings um etwa 10 Prozentpunkte niedriger aus. Im Münsteraner Durchschnitt geben nämlich 65% der Befragten an, in ihrem Viertel herrsche ein guter Zusammenhalt. Insbesondere fällt auf, dass die Anteilswerte bei der obersten

Skalenkategorie zwischen dem Hansaviertel und Münster generell deutlich voneinander abweichen.

Abbildung 13: Solidaritätswahrnehmung im Quartier



2.6. Alles nur Suggestion? Der „Wert“ des Bremer Platzes

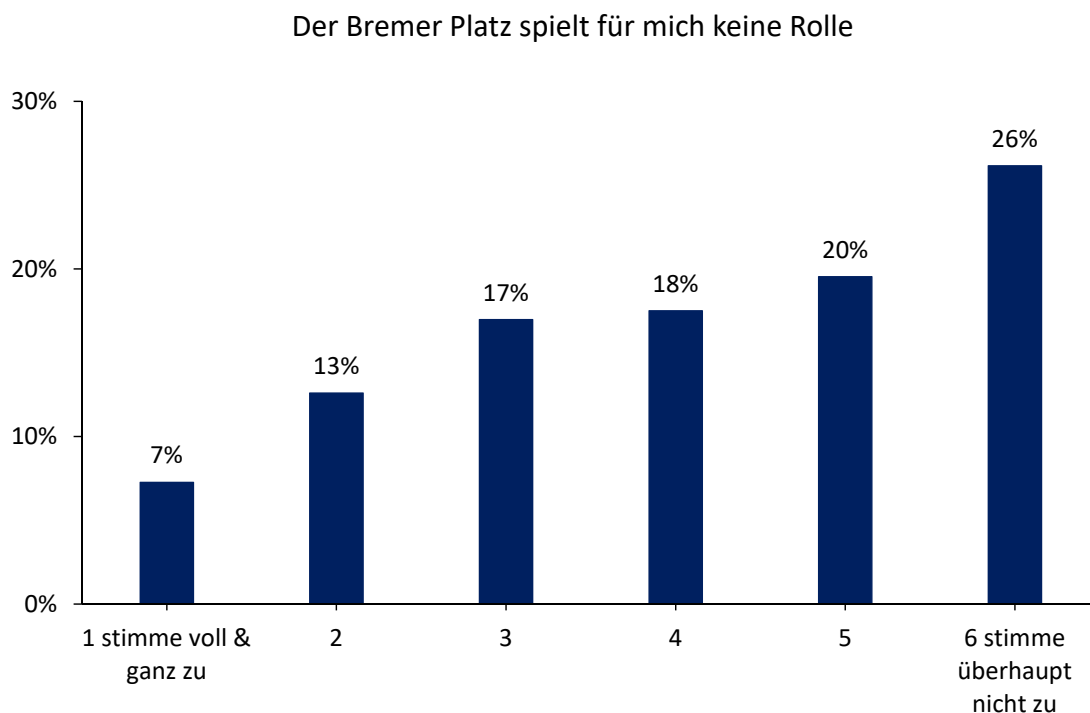
Ein Beteiligungsverfahren und die daran Beteiligten müssen sich auch die Frage gefallen lassen, ob der „Wert“, den die beteiligte Öffentlichkeit dem Gegenstand der Auseinandersetzung (dem Bremer Platz) beimisst, diese Auseinandersetzung prinzipiell überhaupt rechtfertigt. Hier ist nicht allein die Sicht auf den Bremer Platz aus der Gegenwart ausschlaggebend, sondern es spielt auch eine Rolle, wie der Bremer Platz in der „gegenwärtigen Zukunft“ imaginiert wird und welche Erwartungen (bzw. Wünsche) mit dem Umgestaltungsprozess verbunden sind.

Abbildung 14 zeigt uns eine leicht rechtsschiefe Verteilung im Meinungsbild zur persönlichen Bedeutung des Bremer Platzes. Lediglich etwa ein Fünftel der Befragten (20%) gibt an, dass der Bremer Platz für sie keinerlei Rolle spielt. Etwa 35% der Befragten vertreten dazu keine eindeutige Position, wohingegen für knapp die Hälfte der Befragten (46%) der Bremer Platz durchaus eine Rolle spielt.

Die Frage, ob und wann der Bremer Platz für einzelne Anwohner überhaupt eine gewisse Bedeutung hat, lässt sich auf Basis erweiterter Analysen anhand von drei Aspekten beantworten. Erstens ist die Rolle, die der Bremer Platz für den Einzelnen spielt, in Affekte lokaler Verbundenheit bzw. differenter Quartiersidentitäten eingebettet. Der Bremer Platz ist offensichtlich fester Teil des Quartiers. Zweitens scheint das persönliche Verhältnis zum Bremer Platz an lokale Unsicherheiten und die Sichtweise auf die „Szene(n)“ gekoppelt zu sein. Der Bremer Platz gewinnt dann an Relevanz für den Einzelnen, wenn damit „Störungen“ bzw. „Irritationen“ auf den Plan treten. Das heißt, dem Bremer Platz kommt vonseiten einiger Fraktionen der Anwohnerschaft gerade deswegen eine Bedeutung zu, da er Ort gefühlter Unsicherheit sowie des „Anstoßes“ bzw. des „Abnormen“ ist. Drittens hat die Rolle des Bremer

Platzes für den Einzelnen etwas mit dessen jeweiligem Verständnis von lokalpolitischen Entscheidungsprozessen zu tun. Während Befragte mit einem „Top-down“-Verständnis dem Bremer Platz keine größere Bedeutung beimessen, spielt der Bremer Platz für diejenigen eine Rolle, die (milieuspezifisch differente) Forderungen nach einer Einbindung der Bürger in lokalpolitische Entscheidungsprozesse stellen. Hier stehen also „Top-Downer“ unterschiedlichen Typen von Befürwortern eines Bottom-up-Verständnisses von Lokalpolitik gegenüber, die entweder eher als „Soziokraten“ bzw. „Deliberativisten“ zu charakterisieren sind, oder aber eher den Typus des „Wutbürgers“ bzw. „Schreihauses“ repräsentieren. Gerade mit Blick auf letzteren Punkt deutet sich eine mögliche „Symbolhaftigkeit“ des Bremer Platzes für die Münsteraner Lokalpolitik an. Der Bremer Platz spielt damit eine funktionale Rolle, da mit ihm im Zuge des Umbauprozesses bestimmte Vorstellungen von Bürgerpartizipation („Stadt von unten“) und zeitgemäßer Lokalpolitik („Quartiersmanagement“) bei Teilen der Involvierten verbunden werden. Der Bremer Platz und das daran gekoppelte Beteiligungsverfahren stehen exemplarisch für eine bestimmte Form, Kommunalpolitik zu „machen“.

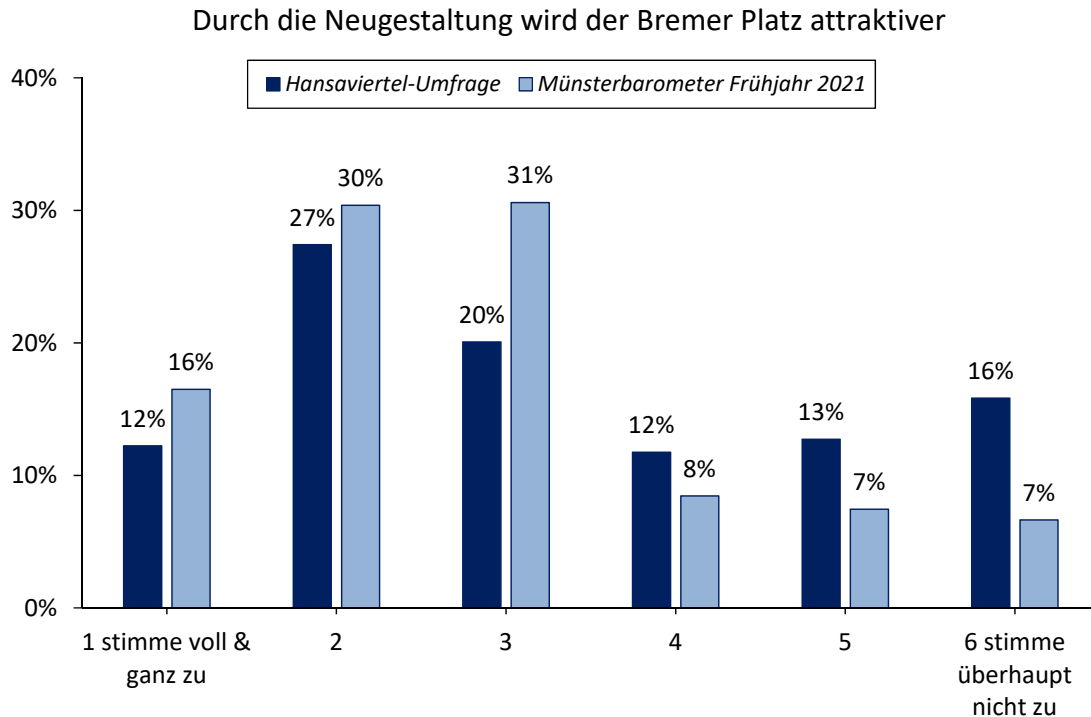
Abbildung 14: Persönliche Relevanz des Bremer Platzes



Unsere Analysen zeigen, dass die Rolle bzw. der „Wert“ des Bremer Platzes von den Beteiligten nicht allein von der Warte der Vergangenheit oder der Gegenwart aus beurteilt wird. Der Umgestaltungsprozess hat bei den Betroffenen imaginierte Zukünfte bzw. potenzielle Versionen der Zukunft „aktiviert“. Unsere quantitative Quartiersbefragung zeigt, dass mit dem Umgestaltungsprozess von einem Großteil der Befragten eine Attraktivitätssteigerung antizipiert wird (Abbildung 15). So geht ein Anteil von etwa 39% der Befragten davon aus, dass der Bremer Platz durch die Neugestaltung attraktiver wird. Während etwa 32% hier geteilter Meinung sind, sind 29% weniger optimistisch. Nun verweisen unsere qualitativen Befunde allerdings an vielen Stellen darauf, dass die Frage, wann ein Zustand als attraktiv einzuordnen ist, zwischen den verschiedenen Gruppen der Beteiligten stark variiert. Das heißt, die artikulierten Deutungen von Attraktivität unterliegen starken Divergenzen und sind teilweise sogar unvereinbar miteinander. Gegenüber stehen sich hier beispielsweise (a) die Vorstellung vom Bremer Platz als ein

Naherholungsgebiet für die Anwohnerschaft des Hansaviertels und (b) die Vorstellung vom Bremer Platz als ein Aufenthaltsort für Reisende, die sich auf dem Transit von Innenstadt in Richtung Stadthafen befinden.

Abbildung 15: Erwartungen gesteigerter Attraktivität infolge des Umbaus



Die „Symbolhaftigkeit“ des Bremer Platzes sowie die damit verbundenen Zukunftsimaginationen werden noch einmal deutlich, wenn wir uns die faktische Nutzung des Platzes und die Sichtweise auf den Platz als Aufenthaltsort anschauen. Lediglich ein marginaler Teil (14%) der Anwohnerschaft des Quartiers gibt an, sich regelmäßig am Bremer Platz aufzuhalten (Abbildung 16). Von der Anwohnerschaft werden Orte wie das Kanalufer (86%), der Stadthafen (84%) oder die Promenade (78%) in weitaus höherem Maße frequentiert. Auch wird der Bremer Platz nicht als ein Ort betrachtet, an dem man entspannen und Leute treffen kann (Abbildung 17). Für eine überwiegende Mehrheit der Befragten (86%) ist der Platz kein „Bürgertreff“ oder Park, um mit Freunden oder Familie Picknicks zu veranstalten. Nur weil man den Ort nicht mit Freizeitaktivitäten verbindet und der Meinung ist, der Platz wäre im Status quo (aufgrund der „Szene(n)“) einfach nicht zu nutzen, bedeutet dies im Umkehrschluss allerdings – wie oben bereits thematisiert – keineswegs, dass der Platz für die Anwohnerschaft irrelevant ist (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 16: Aufenthaltsorte im Vergleich

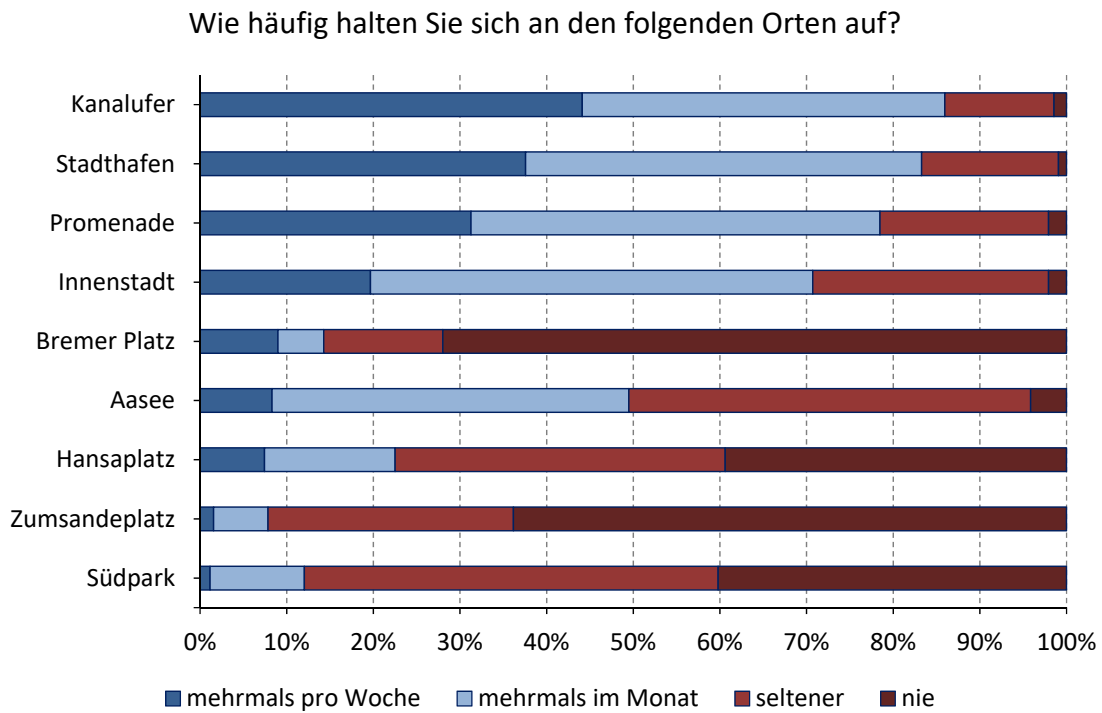
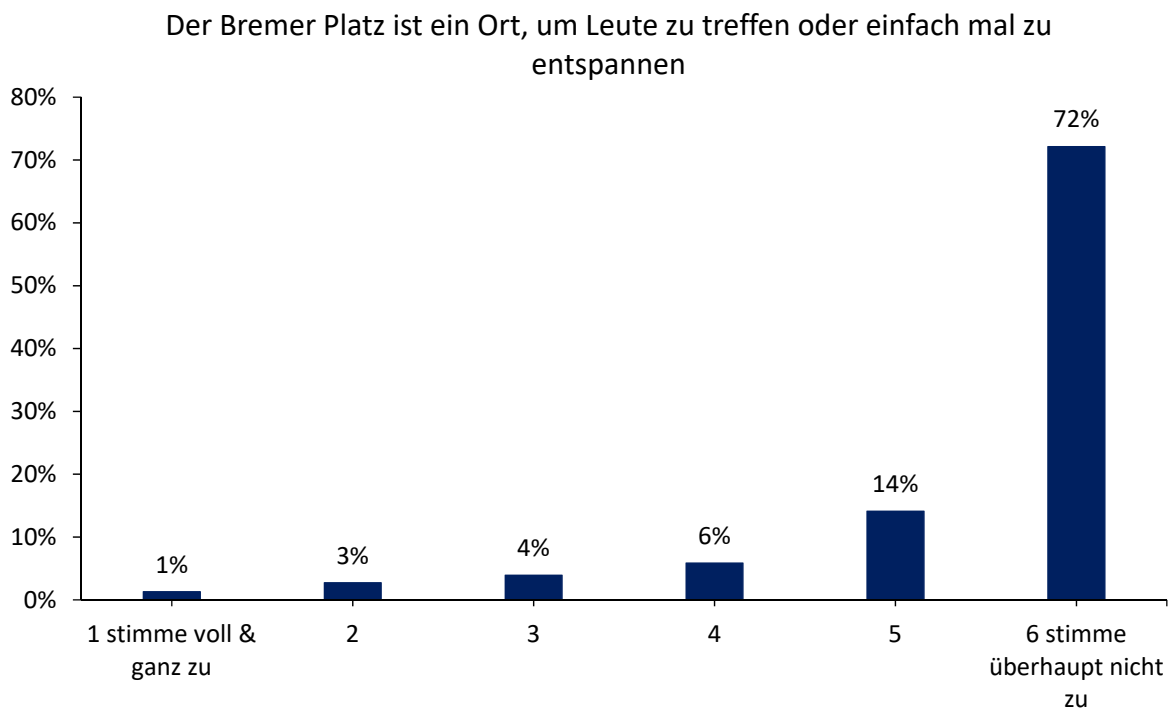


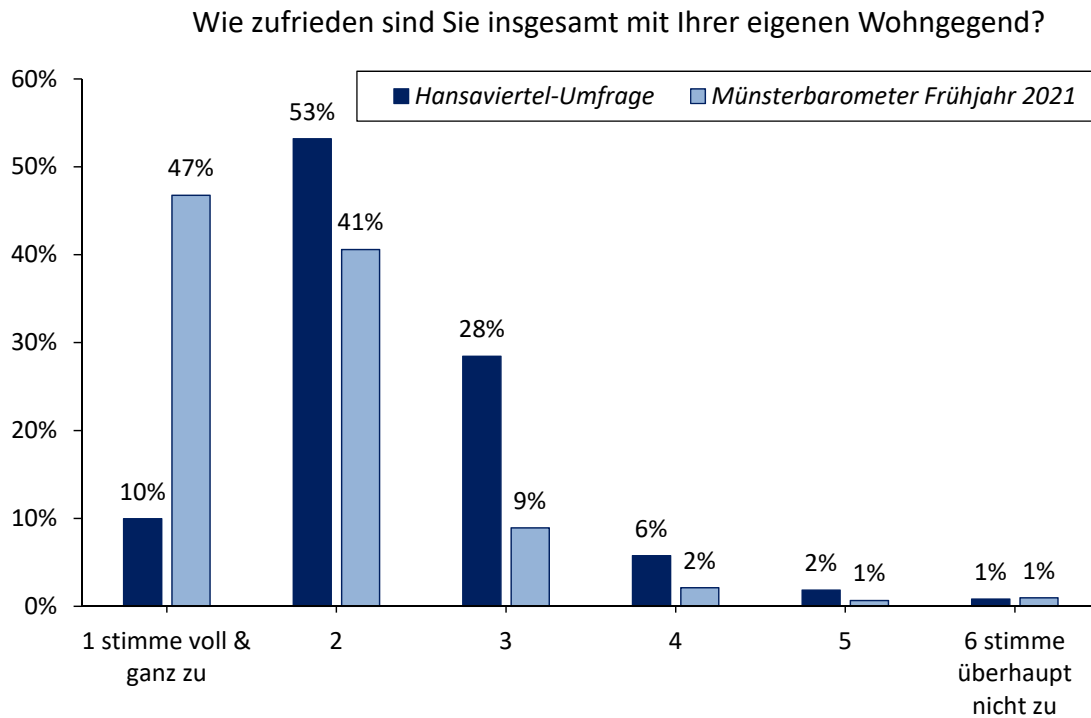
Abbildung 17: Bewertung des Naherholungswertes des Bremer Platzes



Auch sind insgesamt knapp zwei Drittel (63%) der Befragten aus dem Hansaviertel mit ihrer Wohngegend (sehr) zufrieden (Abbildung 18). Lediglich 3% der Befragten geben an, mit ihrer Wohngegend (gar) nicht zufrieden zu sein. Im Vergleich mit der Münsteraner Bevölkerung

insgesamt fällt auf, dass es eine starke Diskrepanz zwischen Münster insgesamt und dem Hansaviertel im Speziellen bei dem obersten Skalenwert (sehr zufrieden) gibt. So gibt nahezu die Hälfte (47%) der Befragten aus Münster an, sehr zufrieden mit ihrem Viertel zu sein; im Hansaviertel liegt der entsprechende Wert bei gerade einmal 10%.

Abbildung 18: Zufriedenheit mit der eigenen Wohngegend



Befragte aus dem Hansaviertel sind insbesondere mit den Aspekten Einkaufsmöglichkeiten (92%), Gastronomie (86%) und Nahverkehrsangebot (80%) (sehr) zufrieden. Etwas moderatere Zufriedenheit besteht bei der Anwohnerschaft in Hinblick auf Nachbarschaft, Atmosphäre und Spielplätze. Hier ist jeweils lediglich ein Anteil von bis zu 50% der Befragten (sehr) zufrieden. Etwas schlechter ist es um die Zufriedenheit mit den Mietpreisen bestellt; hier sind lediglich ein Viertel (24%) der Befragten (sehr) zufrieden und etwas mehr als ein Viertel (27%) (sehr) unzufrieden. Die Umfrageergebnisse verweisen darauf, dass die Unzufriedenheit insbesondere auf die Parkplatzsituation und die Nutzbarkeit öffentlicher Plätze zurückzuführen ist. So sind zwei Drittel der Befragten (66%) mit der Parkplatzsituation für PKWs (überhaupt) nicht zufrieden, mit Blick auf öffentliche Plätze besteht nur noch bei jedem Zehnten (9%) (große) Zufriedenheit (siehe dazu den Teilbericht zur quantitativen Quartiersbefragung).

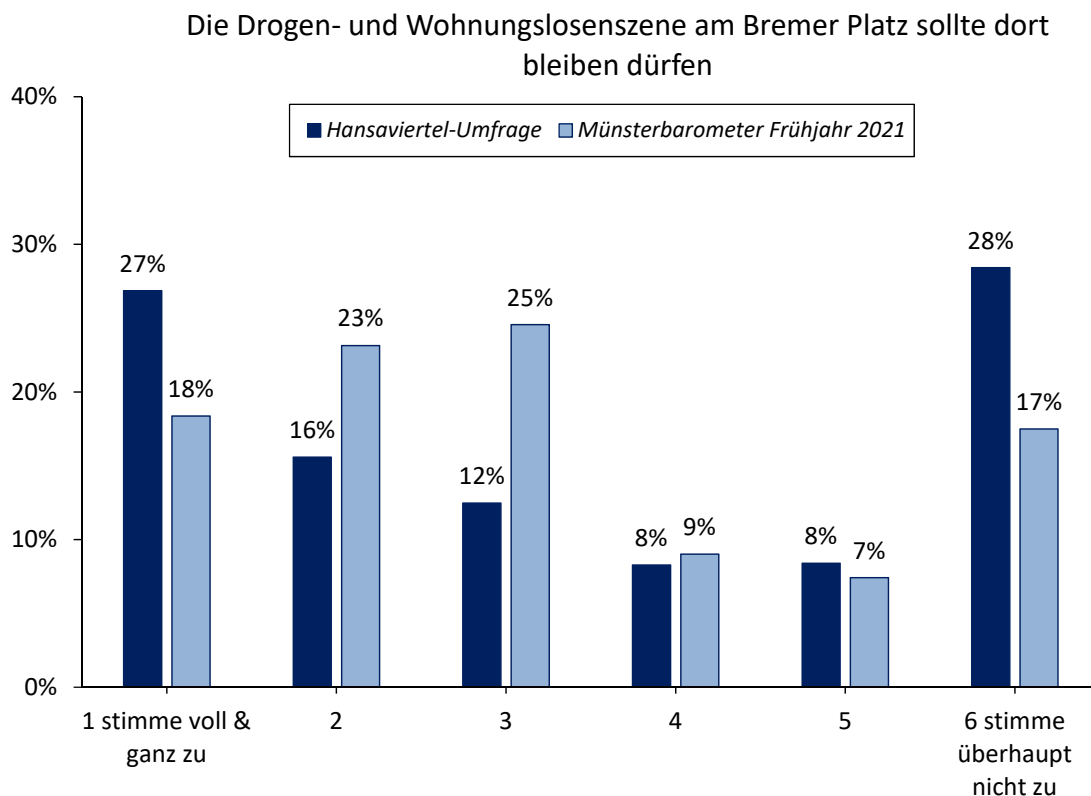
3. Die Bedeutung der „Szene(n)“ im Umbauprozess

Beteiligungsverfahren, Bürgerdialog und der Umbauprozess als solcher würden mit hoher Wahrscheinlichkeit stark an Komplexität und Kontingenz, sozialer Konflikthaftigkeit und Ressourcenintensität einbüßen, gäbe es nicht das „soziale Amalgam“ der vor Ort ansässigen Münsteraner Drogen-, Trinker- und Wohnungslosenszenen (der „Szene“) auf dem Bremer Platz selbst. Nicht allein für die Stimmungslage innerhalb der Anwohnerschaft und die mit dem Umbauprozess verbundenen Erwartungen seitens bestimmter Anwohnerfraktionen im Quartier ist der Verweis auf die „Szene“ zentral. Auch für die Vision einer konsumgesellschaftlichen Aufwertung des Stadtraums sowie im Kontext sicherheitspolitischer Überlegungen spielt der Umgang mit der „Szene“ eine – eigentlich sogar *die* – maßgebliche Rolle.

3.1. Polarisierung im Quartier?: Divergente Haltungen gegenüber der „Szene“

Ein zentraler Streitpunkt im Zusammenhang mit dem Umbauprozess des Bremer Platzes, hinter dem sich diverse Versionen eines grundsätzlichen Zielkonflikts verbergen (z.B.: Kaufkraft-Viertel versus Diversitäts-Insel), betrifft die Frage nach dem „Verbleib“ bzw. der „Verortung“ der ansässigen Drogenszene. Obwohl ein Verbleib der „Szene(n)“ mittels Ratsbeschluss politisch gesetzt, unterstützt und gewährleistet ist, existieren nichtsdestoweniger innerhalb der Anwohnerschaft gewisse Fraktionen, die einen Verbleib der „Szene(n)“ am Bremer Platz nicht befürworten bzw. sich offen für eine „Verortung“ aussprechen. Mehr noch: Die Frage, ob die „Szene(n)“ am Bremer Platz bleiben sollen/dürfen oder nicht, spaltet das Quartier regelrecht. Ein Blick auf die Verteilung (Abbildung 19) zeigt uns eine Polarisierung im Meinungsbild zur Frage nach dem Verbleib der „Szene“ am Bremer Platz.

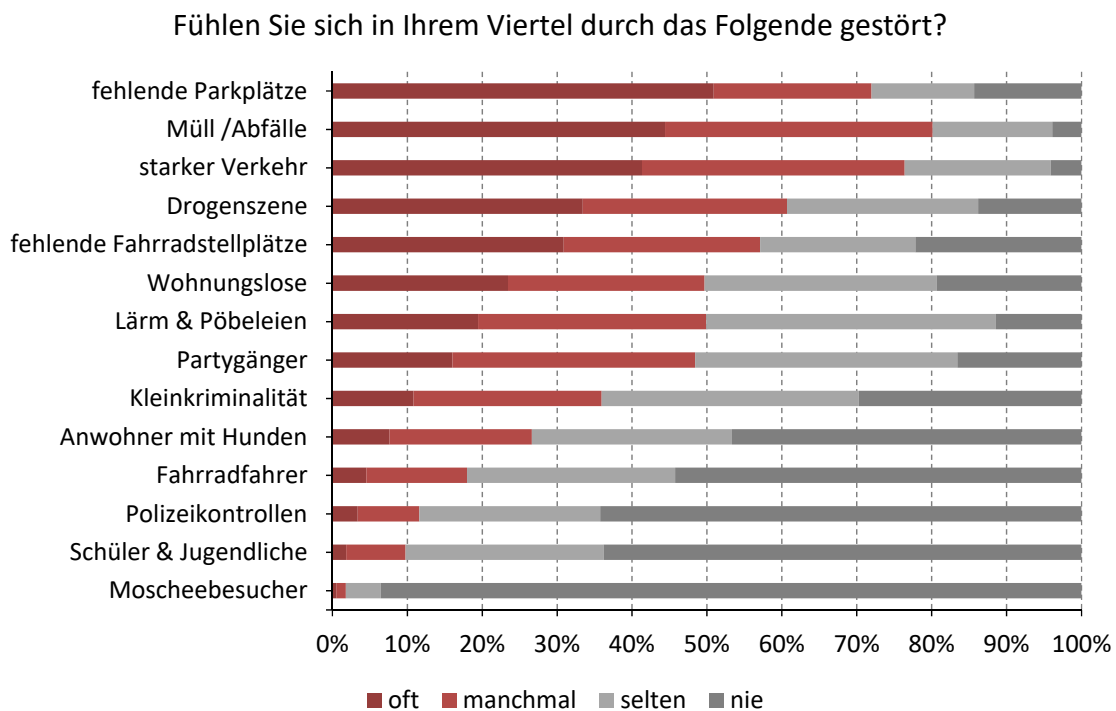
Abbildung 19: Meinung zum Verbleib der „Szene(n)“ am Bremer Platz



Hier stehen sich zwei zahlenmäßig in etwa gleich starke Fraktionen mit konträren Vorstellungen gegenüber. Mehr als ein Drittel der Befragten (36%) im Hansaviertel spricht sich für eine „Verortung“ der „Szene“ aus, wohingegen 43% der Befragten für einen Verbleib der „Szene“ sind. Lediglich ein kleinerer Anteil von einem Fünftel der Befragten (20%) positioniert sich im mittleren Skalenbereich und vertritt keine eindeutige bzw. eine differenzierte Meinung zum Thema. Nebenbei: Die Meinungsbilder zwischen Stadtgesellschaft (Münsterbarometer) und Quartier (Hansaviertel) weichen hier stark voneinander ab. In der Stadtgesellschaft ist das Meinungsbild deutlich weniger polarisiert.

Was genau nun die Forderungen nach Verbleib bzw. Verortung der „Szene“ motiviert, ist ebenso heterogen und ambivalent, wie die Anwohnerschaft des Quartiers selbst. Mit Blick auf die Akzeptanz der „Szene“ vor Ort lässt sich quantitativ eine Konfliktlinie erkennen. Diese Konfliktlinie lässt sich als ein generationaler Konflikt zwischen divergierenden politischen Weltanschauungen, in denen ein traditionalistisches „Law-and-Order“-Verständnis von Lokalpolitik einer eher „links-alternativen“ Vision einer „offenen Gesellschaft“ (bzw. einer „Stadt für alle“) gegenübersteht. Dieser Konflikt ist interessanterweise aber eben nicht entlang von Wohndauer strukturiert, es ist also *kein* Konflikt zwischen „Alteingesessenen“ und „Newcomern“.

Abbildung 20: Wahrgenommene Störung durch verschiedene Faktoren



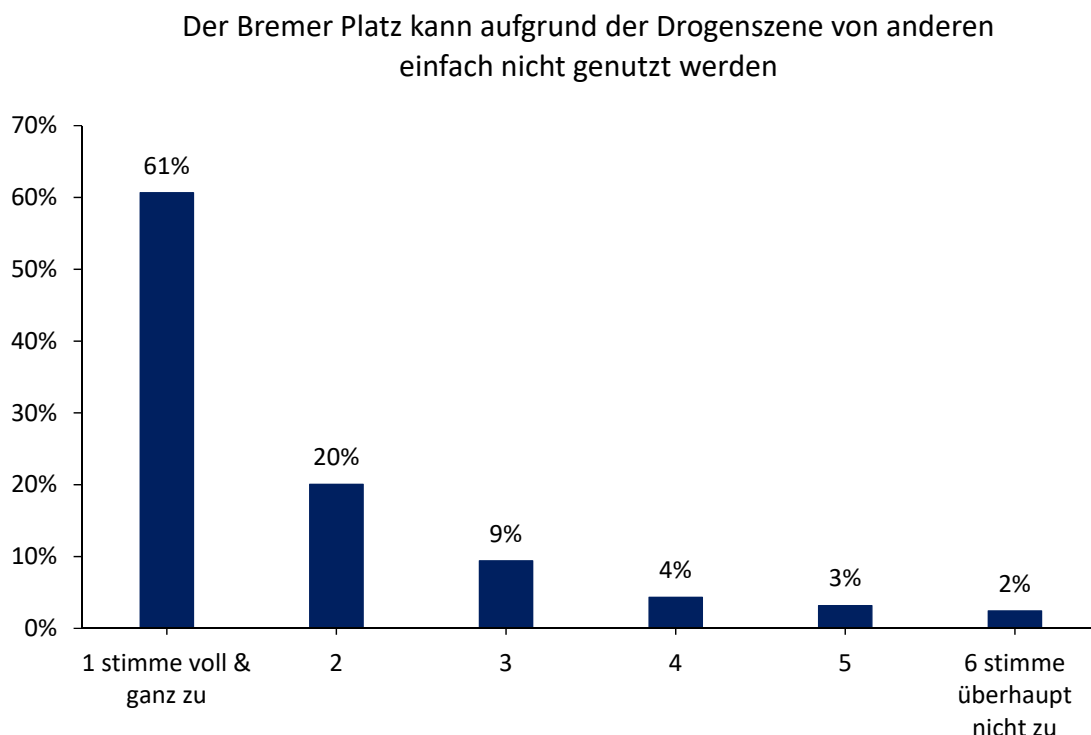
Die Befunde der Quartiersbefragung machen deutlich, dass die „Szene(n)“ und ihr in der Regel deviantes Verhalten tatsächlich einen relevanten Störfaktor für große Teile der Anwohnerschaft darstellen (Abbildung 20). Danach gefragt, was sie im Hansaviertel am meisten stört, geben zwar fast drei Viertel der Befragten an (72%), sich oft/manchmal durch „fehlende Parkplätze für PKWs“ gestört zu fühlen. An herumliegendem Müll und Abfällen stören sich sogar 80% der Befragten oft oder manchmal. Nach fehlenden Parkplätzen und herumliegendem Abfall stellt jedoch die Drogenszene einen regelmäßigen Störfaktor für 60% der Befragten dar. Die Hälfte der Befragten (49%) fühlt sich zudem von Wohnungslosen oft/manchmal gestört und auch Phänomene, die

den ansässigen „Szenen“ zugeordnet werden könnten, wie Lärm und Pöbeleien (49%), Kleinkriminalität (36%) und Polizeikontrollen (11%), werden zumindest von Teilen der Befragten als Störfaktoren benannt. In einem Abgleich mit den Zahlen aus Abbildung 18 fällt nun aber auf, dass sich im Vergleich zum Anteil der Befragten, die eine Verdrängung der „Szene(n)“ befürworten, ein weitaus größerer Anteil der Anwohnerschaft von der „Szene“ oft bzw. manchmal gestört fühlt. Es ist also nicht allein der „Störfaktor Szene“, der hinter den Meinungen zur Frage nach dem Verbleib der „Szene(n)“ gelagert ist.

Erweiterte Analysen mit den Umfragedaten verweisen hier einerseits auf die Bedeutsamkeit lokaler Verbundenheit und lokalen Sicherheitsempfindens. Dies bedeutet, die „Szene“ kann als ein wichtiger Bestandteil einer „Quartiersidentität“ angesehen werden und stellt zudem vor allem dann für Personen ein Problem dar, wenn sie als „Sicherheitsproblem“ gedeutet wird. Nicht zuletzt ergibt sich andererseits aus dem Umstand, dass der „Szene“ die räumliche „Aneignung“ des Bremer Platzes zugeschrieben wird, die Neigung, der „Szene“ ein „Bleiberecht“ entziehen zu wollen.

Obleich sich mehr als 40% der Befragten für einen Verbleib der „Szene(n)“ aussprechen, ist der Großteil der Befragten (81%) dennoch der Ansicht, dass der Bremer Platz aufgrund der Drogenszene von anderen einfach nicht genutzt werden kann (Abbildung 21). Lediglich ein kleiner Teil (5%) teilt hier nicht diese Meinung.

Abbildung 21: Meinung zur Nutzung der Fläche und die Präsenz der „Szene“



Dieses Meinungsbild wird dann zum Problem, wenn es auf visionäre, zivilgesellschaftliche und kommunalpolitische Agenden („Stadt für alle“, „Quartierstreif Bremer Platz“) trifft und Unvereinbarkeiten von moralischen Vorstellungen und sozialer Wirklichkeit auf den Plan treten.

3.2. Irritation des „Modus Vivendi“?: Dilemmata und Inkompatibilitäten von imaginierten Zukünften

In Bezug auf letzteren Punkt lässt sich aus unserem qualitativen Material ein Konkurrenzverhältnis zwischen bestimmten Fraktionen der Anwohnerschaft und der „Szene“ rekonstruieren. Es scheint bei Teilen der Anwohnerschaft die Vorstellung eines legitimen Anrechts auf den Bremer Platz zu geben. Dieser Vorstellung steht nun aber die alltägliche Präsenz der „Szene“ im Wege, die es für die bürgerliche Mitte schwierig macht, den Platz entsprechend zu nutzen. Einige Teile der Anwohnerschaft, die Interesse an einer Nutzung des Platzes haben, sind durchaus bereit, diesen mit der „Szene“ zu teilen – allerdings nur unter der Bedingung einer Einhegung der „Szene“ durch Zuweisung zu einem exklusiven „Szene“-Bereich. Demgegenüber gehen andere Teile der Anwohnerschaft allerdings nicht von einer unproblematischen Kopräsenz auf dem Bremer Platz aus. Für diese stellt eine vollständige Verdrängung der „Szene“ die einzige realistische Option dar, dass der Platz nicht weiterhin exklusives Terrain der „Szene“ bleibt.

Dass die Frage danach, wie der Bremer Platz auch durch die Bürger des Hansaviertels genutzt werden kann, überhaupt so kontrovers diskutiert wird, ist allerdings nicht selbstverständlich. Der Umgestaltungsprozess hat, wie aus unserem qualitativen Material hervorgeht, zur Irritation eines zuvor ungeachtet divergierender Interessen verhältnismäßig erfolgreich eingespielten „Modus Vivendi“ geführt, also zu einer Irritation des eingespielten Zusammenlebens der unterschiedlichen Fraktionen im Quartier, das unter der Bedingung der „Nicht-Thematisierung“ des Drogen- und Suchtproblems ein haltbares Arrangement darstellte. Man hatte sich zuvor irgendwie miteinander arrangiert und eingelebte Routinen sowie unhinterfragte Selbstverständlichkeiten haben größere soziale Konflikte und Unruhen im Stadtraum verhindert. Das ganze Arrangement war derart „eingelebt“, dass die „Szene“ darin – zum Trotz ihrer offensichtlichen Präsenz – in gewisser Weise einen „blinden Fleck“, einen unsichtbaren „Fremdkörper“ im Stadtraum dargestellt hat (wenn nicht gar ein latent *funktionales*, „konstitutives Außen“, dessen „unreine“ Charakteristik indirekt der eher intuitiven Selbstvergewisserung einer ansonsten heterogenen „bürgerlichen“ Anwohnerschaft zuträglich war). Der Bremer Platz galt in diesem Arrangement als ein Ort, der als exklusives Terrain der „Szene“ anerkannt war und für die Nutzung durch andere Gruppen ohnehin als „verloren“ galt. Die Irritation des Modus Vivendi durch den Umgestaltungsprozess – insbesondere auch die Berichterstattung darüber in der Lokalpresse – hat somit erst dazu geführt, dass Fragen zum Verbleib der „Szene“ bzw. zu Möglichkeiten der Kopräsenz verschiedener Nutzergruppen auf dem Platz nun überhaupt von einer breiteren städtischen Öffentlichkeit diskutiert werden (musste).

Während sich bei einigen Beteiligten also ein Interesse an der Restauration des „Modus Vivendi“ bzw. zumindest nostalgische Verweise darauf finden lassen, sind die Beteiligten gleichermaßen durch eine Uneindeutigkeit von Interessenlagen in Bezug auf die „Szene(n)“ gekennzeichnet. Mit Ausnahme eines Teils der Anwohnerschaft, der sich offen gegen einen Verbleib der „Szene“ ausspricht, finden sich bei den Beteiligten ambivalente Haltungen zur „Szene“, die sowohl manifest artikuliert als auch verdeckt und implizit geäußert werden und sich gegenseitig überlagern. Gerade die qualitativen Befunde verweisen daher bei fast allen Beteiligten auf das Fehlen einer kohärenten Vorstellung davon, wie der optimale „Output“ des Beteiligungs- bzw. Umbauprozesses aussehen sollte. Es lassen sich verschiedene Zielkonflikte ausmachen: Auf der einen Seite besteht bei manchen beteiligten Interessengruppen die Imagination einer „erweiterten Innenstadt“, also einer Inklusion des Hansaviertels in die lokale Konsumgesellschaft, welche eine Aufwertung des Bremer Platzes fordert, etwa im Sinne eines

attraktiven Ambientes, das ein für das Gewerbe relevantes Publikum attrahiert. Damit verbunden ist das Narrativ einer allgemeinen Aufwertung des Quartiers. Auf der anderen Seite ist es aus ordnungspolitischen, normativ-moralischen oder funktionalen Gründen (z.B. als „Schutz“ vor Gentrifizierung) ein Ziel vieler – und teilweise sogar derselben – Interessengruppen, den Verbleib der „Szene(n)“ auf der Fläche anzustreben und sicherzustellen. Quer dazu findet sich die Vorstellung einer aktiven und engagierten bürgerlichen Mittelschicht, die ihre Lebensformen auf dem Platz und im Quartier ungestört praktizieren kann. Diese bürgerliche Mittelschicht wird wiederum aber nicht nur von der „Szene“ in der Praxis ihrer Lebensform eingeschränkt, sondern sieht sich auch der Bedrohung der Gentrifizierung ausgesetzt, die mit einer Erweiterung der Innenstadt in Richtung Stadthafen sowie der damit verbundenen Aufwertung des Bremer Platzes und des Viertel einhergeht. Die unterschiedlichen Vorstellungen von der optimalen Entwicklung des Platzes sind insofern, wenn überhaupt, nur unter bestimmten Bedingungen kompatibel.

3.3. Die „Szene(n)“ als „konstitutives Außen“ der Stadtgesellschaft?: Die latente Funktion der „Szene(n)“

Bei der „Szene“ handelt es sich um eine (*extern* „konstruierte“) Interessengemeinschaft im Verfahren, die über keine *direkte* Teilhabe am Verfahren und keine wirklich nachweisliche innere Kohärenz verfügt. Diese indirekte Beteiligung ist erstens auf die schwere Erreichbarkeit und Unzugänglichkeit der „Szene(n)“ zurückzuführen, zweitens auf das mangelnde Wissen über Form und Struktur der „Szene“ und drittens auch auf die Unzuverlässigkeit bzw. Unzurechnungsfähigkeit, die den Mitgliedern der „Szene“ anhaftet bzw. von den anderen beteiligten Größen allgemein zugeschrieben wird.

Da die „Szenen“ also nicht direkt am Beteiligungsverfahren teilnehmen, werden ihre Ansprüche und Interessen im Verfahren auch nicht von ihnen selbst artikuliert, sondern halten lediglich Einzug in das Verfahren als „Übersetzungen“ durch die „sozialen Institutionen“. Eine Beteiligung der „Szene“ vollzieht sich somit mehr vor einem zweckrationalen oder moralisch-normativen Horizont als auf einer praktischen Ebene und nimmt seinen Weg über die Übersetzungsverhältnisse auf organisationaler Ebene. Die Interessen der „Szene(n)“ werden stets als „Translate“ sozialstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen oder professioneller Milieus in das Beteiligungsverfahren eingespeist. Die Ergebnisse der qualitativen Erhebung zeigen jedoch, dass deren Vertreter kein neutrales „Sprachrohr“ der „Szene“ sind, sondern gleichzeitig immer auch „latent“ eigene Interessen bei der Repräsentation der „Szene(n)“ verfolgen oder moralische Vorstellungen transportieren. In diesem Sinne wird die „Szene“ beispielsweise instrumentell als Schutz vor einer Gentrifizierung des Hansaviertels ausgedeutet oder ihr werden von verschiedenen Seiten Interessen, Bedürfnisse oder Charakteristika zugeschrieben, die sich teilweise widersprechen. Letzteres zeigte sich in unserem qualitativen Material beispielhaft daran, wie die Interviewten auf die Frage nach der Entwicklung der „Szene(n)“ in den vergangenen Jahren bzw. Jahrzehnten geantwortet haben: Während die Perspektive, die Menschen seien deutlich kränker („multitoxisch“) und auffälliger geworden, eher mit einer Haltung des akuten Handlungsbedarfs einherging, korrelierte die Perspektive, es habe sich mit Blick auf die „Szene“ kaum etwas geändert, eher mit einer Haltung des Wunsches nach einer Rückkehr zu dem oben beschriebenen Modus Vivendi. In den verschiedenen Bezugnahmen auf die „Szene(n)“ offenbart sich in unserem qualitativen Material also das Aufeinandertreffen von ambivalenten, koexistierenden Vorstellungen von Urbanität, moralischer Weltanschauung, sittlichen Befindlichkeiten und Gentrifizierungssorgen auf der

einen sowie Sicherheitsansprüchen, städtebaulichen Visionen einer Konsumentengesellschaft und Devianzmanagement auf der anderen Seite.

Die „Szene“ übernimmt aber insofern noch eine ganz andere zentrale Rolle im Prozess, als dass sie das „konstitutive Außen“ einer ansonsten fragmentierten Zivilgesellschaft auf Ebene des Sozialraums („Quartier“) darstellt (siehe dazu auch Abschnitt 3.2). Die „Szene“ sorgt tatsächlich für die Vereinigung der Stadtgesellschaft über die z.T. unversöhnlichen Differenzen hinweg, indem sie für die nicht der „Szene“ angehörigen Bürger die Grenzen dessen markiert und symbolisch anschaulich macht, was als „normale“ und was als „abweichende“ Lebensform charakterisiert werden kann. In diesem Sinne ermöglicht die „Szene“ den Bürgern, ihre eigene Lebensform als etwas „Normales“ zu empfinden und erzeugt somit über die geteilte Distanzierung von einer als „unrein“ empfundenen (und ganz buchstäblich dadurch anstößigen und abstoßenden) Lebensweise eine negative Kohäsion, zu der ansonsten aufgrund der Heterogenität der Lebenslagen der Bürgerschaft wenig Anlass und Grundlage bestünde, die negative Konstitution erzeugt mithin im Modus einer implizit bleibenden Übereinstimmung in der Abgrenzung ein zunächst virtuelles, dann funktionales gemeinsames „Wir-Gefühl“. Dass die „Szene“ in diesem Sinne als etwas der Stadtgesellschaft Äußeres empfunden wird (dieser „Gesellschaft“ aber genau durch diese affektiv-intuitive Auslagerung aus dem Kreis der sozialen Respektabilität eine Kontur schenkt), zeigte sich in unserem qualitativen Material immer wieder durch die Bezugnahme auf diese in ethologischen Kategorien und entsprechenden Rhetoriken – und zwar über alle Interessengruppen hinweg. Anstatt die Mitglieder der „Szene“ als zurechnungsfähige Individuen anzuerkennen, wird das Verhalten der ihr zugehörigen Personen in der Regel aus einer Vogelperspektive beschrieben, die vielfach an eine Beschreibung von Tieren in einem „Wildpark“ erinnert und bei der es darum geht, die Bewegungen der „Szene(n)“ zu beobachten, zu antizipieren und zu lenken.

4. Forschungstransfer: Skizze einer detaillierten Zielreflexion für das „Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz“

Ein zentrales Ziel des Quartiersmanagements im Beteiligungsverfahren rund um den Umbauprozess am Bremer Platz stellt die nachhaltige „Aktivierung“ der Anwohnerschaft im Quartier und der involvierten Interessengruppen dar. Zur Zielerreichung hat das Quartiersmanagement unterschiedliche Kommunikationswege entwickelt, um mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen. Dabei ist stets zu bedenken, dass die Entwicklung geeigneter Kommunikationswege eine hinreichende Bekanntheit des Quartiersmanagements seitens Anwohnerschaft und Interessengruppen im Quartier/Stadtraum voraussetzt. Die empirischen Befunde deuten hier auf eine relativ ausgeprägte Kenntnis des Quartiersmanagements hin, wobei z.T. für die Beteiligten unklar bleibt, was genau die Aufgaben und Kompetenzen des Quartiersmanagements sind.

Die soziale Heterogenität im Quartier erfordert eine differenzierte Öffentlichkeits- bzw. Informationsarbeit und „maßgeschneiderte“ Kommunikationsstrategien. Bestimmte Kommunikationsformate und -kanäle wurden bereits erprobt bzw. haben sich im Laufe des Prozesses bewährt. Dazu zählen größere Veranstaltungsformate (wie „Picknick im Park“), klassische Briefkasteneinwürfe, der „Mail-Newsletter“ oder der direkte „Face-to-Face-Anwohnerkontakt“ (z.B. Präsenz vor Ort im Quartiersbüro). Der Webauftritt des Quartiersmanagements bietet eine ganze Reihe von Informationsmaterialien. Die Erfolge und der Entwicklungsprozess werden hier allerdings nicht eindeutig und transparent als solche

präsentiert. Auch eine Rubrik „Aktuelles“ wäre vorstellbar. Im Verlauf der Umbauarbeiten hat das Quartiersmanagement zudem nur vereinzelt Raum in der Lokalpresse bekommen.

Anwohnerschaft und Quartier sind sehr heterogen, sowohl soziostrukturell als auch was Haltungen und Interessen betrifft. Die Anwohnerschaft hat mithin keine einheitliche Meinung. Letztendlich ist also stets zu reflektieren, dass auch das Einholen der „Stimme“ der Anwohnerschaft durch ihre zwei Vertreter am „Runden Tisch“ lediglich einen symbolischen Charakter hat. In Hinblick auf die Quartiersheterogenität geht es darum, „maßgeschneiderte“ Kommunikationswege für die Vielfalt an „Blasen“ und „Echokammern“ zu entwickeln, damit alle Anwohner im Quartier erreicht werden können bzw. sich angesprochen fühlen. Um bestimmte Gruppen im Quartier zu erreichen und ihnen Teilhabechancen aufzuzeigen, sollten in Zukunft auch verstärkt Informationskanäle in den Sozialen Medien (Social Media) „bespielt“ werden. Ferner ist zukünftig stärker auf „Multiplikatoren“ zu setzen, also Informationsarbeit über eine Vernetzung mit anderen Akteuren zu betreiben und auf diesem Weg an teilweise unzugängliche Zielgruppen zu gelangen. Im Stadtraum gibt es einige zivilgesellschaftliche Organisationsformen, die z.T. mit dem Quartiersmanagement um „Follower“ konkurrieren. Auf Seiten einer partizipativ-engagierten Anwohnerschaft verfügt beispielsweise das „Hansaforum“ nicht nur über große Bekanntheit, sondern auch über zahlreiche „Follower“. Auf Seiten der Kaufmannschaft/Immobilienbesitzer verfolgen Akteure wie die ISG eigene Partikularinteressen, die teilweise in Konflikt zu den Interessen von Stadtverwaltung und/oder Anwohnerschaft stehen. Gerade über eine Vernetzung mit Konkurrenten kann ein Zugriff auf unzugängliche Zielgruppen sichergestellt werden. Ob sich über eine Vernetzung auch „Synergieeffekte“ kreieren lassen, bleibt vorerst aber unklar, da das Quartiersmanagement von den Beteiligten auf Seiten der Kommunalverwaltung verortet wird und durchaus als Konkurrenz zu alternativen Angeboten gedeutet wird. Es gilt mithin weiter daran zu arbeiten, das „Dilemma“ aufzulösen und die Konkurrenz zwischen „Bottom-up“ und „Top-down“ Bürgerpartizipation in eine Kooperation zu transformieren, und zwar unter der „Schirmherrschaft“ der kommunalen Administration und unter den Vorzeichen von „Deliberation“ anstelle herkömmlicher „Kommodifizierung“.

Das Quartiersmanagement hat über bestimmte Instrumente Zugriff auf die unterschiedlichen Interessengruppen bekommen und über diesen Zugriff eine formelle Beteiligung am Prozess sichergestellt. Über diese Instrumente lässt sich sowohl der Austausch zwischen/mit den einzelnen Akteuren koordinieren als auch die Mediation zwischen einzelnen Interessengruppen gewährleisten. Zu den Instrumenten zählen der „Runde Tisch“ und „Gremientreffen“ sowie auch das „Quartiersbüro“ vor Ort und größer aufgelegte Instrumente wie das „Werkstattverfahren“. Generell zeigen unsere Analysen, dass relevante Gruppen im Quartier am Prozess beteiligt wurden, wobei es sich bei den etablierten Lokalmedien um einen möglicherweise relevanten Player handelt, der im Prozess bislang nicht beteiligt wurde, aber den Diskurs aus Sicht von einigen im Verfahren Beteiligten wesentlich beeinflusst.

Unsere empirischen Befunde lassen sich dahingehend interpretieren, dass es ungemein wichtig ist, dass die Beteiligten den Eindruck haben, in ihren spezifischen Interessen und Belangen (vielleicht nicht unbedingt „unter Gleichen“, aber doch auf „Augenhöhe“) wahrgenommen und angehört zu werden. Auch wird eine Wertschätzung bzw. ein Einbezug des „Alltagswissens“ der Beteiligten von diesen als wichtig angesehen. Allerdings zeigen unsere Analysen auch auf, dass unterschiedliche Fraktionen durchaus divergierende Vorstellungen „guter“ Beteiligung artikulieren. Es bestehen also bei einigen Gruppen Vorstellungen politischer Teilhabe, die über ein bloßes „Informiertwerden“ hinausgehen. Einige „Interessengemeinschaften“ (z.B. Investoren, aber auch Anwohner ohne Dividendeerwartungen) wünschen sich

Planungssicherheit und Verlässlichkeit bei der Umsetzung von erzielten Kompromissen. Teilweise bestehen hier Befürchtungen, dass auf den „Output“ der Konsensfindungsprozesse – zumindest mittelfristig – kein Verlass ist. Dies bedeutet: Das Verfahren der (aktiven) Beteiligung wird in seiner legitimatorischen und konsensstiftenden Funktion umso mehr geschwächt (bzw. behindert), je mehr sich im Zuge der praktischen Umsetzung (Baumaßnahmen, Interimsmaßnahmen) „Sachzwänge“ *ex post* auf der rechtlichen, polizeilichen, technischen oder fiskalischen Ebene durchsetzen und so die Relevanz der kommunikativen Erfolge des Verfahrens boykottieren.

Eine besondere und eventuell sogar heikle Herausforderung für das Quartiersmanagement besteht auch weiterhin in der Beteiligung der „Szene“, da diese einerseits schwer erreichbar und andererseits in sich sehr heterogen ist („Szenen“) bzw. selbst auch gar keine Ansprüche im Beteiligungsverfahren artikulieren kann bzw. artikuliert. Die Einrichtung von sozialer Arbeit auf dem Platz ist insofern ein wichtiger Schritt, um die „Szene“ noch stärker in den Blick zu bekommen. Da die Vermittlung der Bedürfnisse und Interessen der „Szene“ durch die soziale Arbeit aber letztlich ebenfalls eine „Übersetzung“ bleibt und mit nicht-intendierten „Nebenfolgen“ einhergehen kann (z.B. Instrumentalisierung der „Szene(n)“), sollte sich das Quartiersmanagement auch in Zukunft weiterhin darum bemühen, den direkten Kontakt zur „Szene“ zu halten (z. B. in Form von „Szenebefragungen“ und persönlichem Kontakt).

Ein „Output“ des Beteiligungsprozesses, der einer „Win-win-Situation“ für alle Beteiligten gleichkommt, erscheint aufgrund divergierender Interessen und Zukunftsimaginationen auf den ersten Blick illusorisch. Dies bedeutet aber nicht, von vorneherein auf eine Abgleichung von Interessen und ein gegenseitiges Kennenlernen unterschiedlicher Positionen zu verzichten. Es gilt vielmehr trotz potenzieller Erwartungsenttäuschungen miteinander im Gespräch zu bleiben, denn nur so können Entscheidungen, die vielleicht nicht vollumfänglich zufriedenstellend sind, doch zumindest ansatzweise von den Beteiligten nachvollzogen werden. Einem „Strohfeuereffekt“ und damit verbundener Resignation der Beteiligten muss zwingend durch eine nachhaltige Begleitung von Enttäuschungserfahrungen und durch die Möglichkeit, diesen eine Artikulation zu geben, begegnet werden. Für das Quartiersmanagement ist es also auch mit Blick auf die Zukunft zentral, ein gelungenes „Erwartungsmanagement“ zu betreiben.

Die Stadtverwaltung hat das Quartiersmanagement installiert und dadurch nicht allein ein „Signal“ an Anwohnerschaft, Interessengruppen sowie Stadtgesellschaft ausgesendet, durch die Installierung eines Quartiersmanagements sind auch neue Erwartungshaltungen seitens der Beteiligten vor Ort entstanden. Vor diesem Hintergrund ist (a) das Quartiersmanagement nicht nur gefordert, potenzielle „Strohfeuereffekte“ zu bearbeiten, sondern (b) ist auch die Stadtverwaltung gefordert, das Quartiersmanagement als langfristige und nachhaltige Investition im Stadtraum zu installieren („Verstetigung“). Es ist nämlich zu vermuten, dass ein Aussetzen (oder gar Auflösen) des Quartiersmanagements zu potenzierten negativen Nebenfolgen im Quartier führen würde (siehe oben „Strohfeuereffekt“ mit langfristig negativer „Akzeptanz-Dividende“). Die langjährigen Investitionen in ein Quartiersmanagement müssten dann als „sunk costs“ bewertet werden, da kein erkennbarer Mehrwert davon ausgehen würde. Ganz im Gegenteil wäre zu erwarten, dass das Abschaffen des Quartiersmanagements enorme Kosten für die Stimmung im Stadtraum (Protestpotenziale, politische Effekte) mit sich bringen würde.

Auf Basis unserer bisherigen quantitativen Analysen und qualitativen Tiefenbohrungen können wir sagen, dass mit dem Ende des Umbauprozesses kein Ende des „Streits“ und der möglichen Enttäuschungen mit unklaren Effekten in Sicht ist. Die „Nebenfolgen“ der Umbaumaßnahmen

und Beteiligungsformate sowie die Verwerfungen rund um den Bremer Platz werden das Quartier und die Stadtgesellschaft noch länger beschäftigen. Das Gleiche gilt für die Annahme des neu gestalteten Platzes durch die verschiedenen Zielgruppen, welche besonderes Potential für „Strohfeuereffekte“ in sich birgt. Eine zukünftige Aufgabe des Quartiersmanagements wird es also sein, auch nach dem Abschluss des Umbauprozesses Zugriff auf die Nebenfolgen im Quartier zu bekommen.

Das Quartiersmanagement kann nur dann erfolgreich seine Arbeit leisten, wenn seine Tätigkeit durch eine regelmäßige Ermittlung der „Stimmungslage“ im Quartier – der „Resonanz“ im Quartier – flankiert wird bzw. dadurch sogar angeleitet wird. Es geht dabei um eine quartiersbezogene Dauerbeobachtung, also den Aufbau eines „Monitoring- und Dokumentationssystems“, das auch dynamisch einsatzfähig ist. Dabei erscheint zum einen die Erhebung quantifizierbarer „Fakten“ (etwa über regelmäßige, großräumige Quartiersbefragungen) ein geeignetes Instrument, die aber zum anderen nicht ohne qualitative „Tiefenbohrungen“ („Ein Ohr fürs Quartier“) auskommt. Letztere – das haben unsere Befunde gezeigt – ermöglichen den Blick auf „latente“ Interessen und Interessenkonflikte der verschiedenen Beteiligten sowie auf nicht-intendierte negative Nebenfolgen des Prozesses, deren Kenntnis für die Arbeit des Quartiersmanagements besonders hilfreich ist. Über entsprechende Indikatoren und ein maßgeschneidertes Design (z.B. „Blitzumfragen“ im Zuge bestimmter „Konjunkturen“ auf und um den Bremer Platz) können (a) Wirkung und Erfolg bestimmter Maßnahmen sichtbar gemacht werden, (b) potenzielle Irritationen oder Entwicklungen bereits im Anfangsstadium erkannt und bei Bedarf präventiv bearbeitet werden, (c) die Arbeit und die Reputation des Quartiersmanagements langfristig dokumentiert werden und (d) Entwicklungen und Tendenzen im Quartier verwaltungsintern und in kommunalpolitischen Zusammenhängen überzeugend und nachvollziehbar („evidenzbasiert“) kommuniziert werden.

Dabei betrifft eine Problematik beim Zugriff auf Nebenfolgen die situative Entwicklung und Anpassung von Interimsmaßnahmen aufgrund der divergierenden „Eigenzeiten“ zwischen kommunalen Verwaltungszusammenhängen und stadträumlicher Umwelt (Quartier/Stadtraum), die immer potenziell die gesellschaftlichen Folgewirkungen der Desynchronisation mit sich führen. Typische Beispiele sind hier das Angebot sozialer Arbeit auf dem Bremer Platz exklusiv für die „Szene“ sowie die Toilettensituation auf dem Bremer Platz. Dass es aktuell ein städtisches Angebot sozialer Arbeit (eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter) *auf und am* (!) Bremer Platz gibt, ist als ein Erfolg(s-Signal) der Beteiligung der Anwohnerschaft am Runden Tisch zu sehen, da hier Beschwerden seitens der Anwohnerschaft von städtischer Seite entgegengekommen wurde und man *gemeinsam* eine Lösung gefunden hat. Dieses Entgegenkommen bzw. diese faktische Umsetzung von Anwohnerinteressen wurde allerdings nicht ausreichend als Erfolg (oder Symbol) öffentlich inszeniert. Durch administrative Abläufe (Beantragung/Begründung der Stellen, Ausschreibung und Besetzung, etc.) wurde die Umsetzung derart verzögert, dass die Maßnahme letzten Endes bei der Anwohnerschaft tatsächlich dann nicht als Erfolg verbucht wurde (obgleich es sich hier faktisch in der Tat um einen Output-Erfolg handelt), sondern eher als Beispiel für die Entfremdung von Anwohnerschaft und Administration oder gar die Handlungsunfähigkeit städtischer Behörden (in diesem Fall symbolisiert über die „Eigenzeit“ der Kommunalverwaltung).

Voraussetzung für die Entwicklung und Durchsetzung von Maßnahmen ist eine Kenntnis der Irritationen oder Probleme vor Ort. Das Wissen über bestimmte Fehlentwicklungen oder „Hot

Spots“ kann dem Quartiersmanagement aber nur dann zugetragen werden, wenn Informationskanäle etabliert und „offen“ sind.

Ein Ziel, das von Seiten der Stadtverwaltung als auch von Seiten vieler Beteiligter formuliert wurde, war die „Versachlichung“ des Dialogs. Emotionen werden durchweg als „Störfaktor“ im Prozess der Beteiligung und Konsensfindung interpretiert. „Versachlichung“ bedeutet dabei immer eine „Einhegung“ von Emotionen und dementsprechend einen Teilerfolg. Eine solche Sichtweise verfehlt allerdings die grundsätzliche Ambivalenz von Stimmungslagen und Affekten, die sich an unterschiedlichen Stellen in unserem Datenmaterial finden lassen. Die empirischen Befunde verweisen nämlich darauf, dass Emotionen und Affekten enorme Relevanz zukommt, wenn es um Engagementpotenziale und Diskussionsbereitschaft geht. Affekte sind nicht allein für die Mobilisierung für unterschiedliche Beteiligungsformate wichtig, sondern spielen auch eine Rolle für den demokratischen „Streit“ unter Vertretern unterschiedlicher Interessen in einem heterogenen sozialen Kontext. Affekte konstituieren mithin Bindungen, „Commitments“ oder Motivlagen. Eine rein zweckrationale „Versachlichung“ des Diskurses würde vermutlich zumindest mittelfristig verstärkt zu Ohnmacht oder politischem Rückzug bei bestimmten Interessengruppen (insbesondere Anwohnerschaft, Zivilgesellschaft) führen. Wie unsere Analysen aufzeigen, bedeutet Quartiersmanagement immer auch „Empörungsmanagement“. Über eine Personalisierung des Quartiersmanagements kommt dem Quartiersmanager eine Art „Blitzableiterfunktion“ („Tranquilizer“) zu. Die empirischen Befunde deuten darauf hin, dass diese Funktion eine ganz zentrale (möglicherweise unterschätzte) Aufgabe des Quartiersmanagements darstellt. Mit dieser Funktion ist eine andere Aufgabe des Quartiersmanagements verbunden, nämlich die „Übersetzung“ der affektgeladenen Interessenartikulation in kommunale Verwaltungszusammenhänge.

Gerade vor dem Hintergrund des vorherigen Punkts zeigen die empirischen Analysen, dass die Verbundenheit mit dem Viertel eine wichtige Rolle für die Frage spielt, ob man glaubt, die Verhältnisse im Viertel beeinflussen zu können, sowie, ob die „Szene“ ein Bleiberecht am Bremer Platz besitzt oder nicht. In diesem Sinne ließe sich die Entwicklung und die „Pfleger“ einer spezifischen Hansaviertel-eigenen „Quartiersidentität“ als längerfristiges Ziel des Quartiersmanagements ableiten und formulieren. Eine solche „Pfleger“ müsste allerdings nicht selbst und aktiv vom Quartiersmanagement betrieben werden, sondern könnte auch über „Outsourcing“ („Platzrat“, Projekte etc.) in Angriff genommen werden.

Tabelle 4: Potenzielle Zielmatrix für das Quartiersmanagement

Zielformulierungen	Input	Output	Akteure
Belebung der Fläche	Angebote schaffen („Magnete“: Straßengastro, W-Lan, Kulturaktionen, Events, ...), Steuerung über „Platz-Rat“ / Montessori-Schule/Zivilgesellschaft/Ehrenämter	Auf der Fläche halten sich regelmäßig unterschiedliche Nutzergruppen auf	Quartiersmanagement Zivilgesellschaft
Verbleib der Szene auf dem Platz	Angebote schaffen („Magnete“: Infrastruktur, „Multiplikatoren“, ...), gleichzeitig: Werbung für das „Vernünftige“ und „Rationale“ bei der Anwohnerschaft	Die Szene akzeptiert den Nordbereich als „ihr“ Terrain, Fragmentierung findet nicht statt	Soziale Institutionen Sicherheitsbehörden Quartiersmanagement
Dauerhafte Aktivierung + nachhaltige Beteiligung	Gelegenheitsstrukturen anbieten und bewerben, Erleben von „Profit“ und „Sinn“ der Beteiligung (Erfolgsresultate kreieren und gemeinsam genießen), Standards für Meinungsdiversität entwickeln („Blasen“-Bildung verhindern)	Anwohnerschaft engagiert sich weiterhin beim Umbauprozess/ bei der Belebung und Nutzung der Fläche	Quartiersmanagement Zivilgesellschaft
Sichtbare Dokumentation der Erfolge	Information liefern und Fakten schaffen (Online, Newsletter, Social Media, Lokalpresse, Multiplikatoren, ...)	Erfolge der Bürgerpartizipation/ des Quartiersmanagement sind öffentlich als solche sichtbar	Quartiersmanagement Sozialamt Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Lokalpresse
Quartiersidentität(en) mitentwickeln und pflegen	Regelmäßige gemeinsame Events, Vision: bereichsspezifische anwohnerschaftliche Selbstverwaltung?	Es herrscht unter der Anwohnerschaft eine ausgeprägte Verbundenheit zum Quartier und nachbarschaftliche Aktivität	Zivilgesellschaft Quartiersmanagement
„Identität“ des Quartiersmanagements klären	Expansion (Quartiersentwicklung/ Quartiersmanagement für das „Hansaviertel“) oder Kleinräumigkeit (Quartiersmanagement exklusiv im Areal Bremer Platz)?, Verwaltungsintern: Klärung von Zugehörigkeit und Kompetenzen	Das Quartiersmanagement verfügt über eindeutige Grenzen und Kompetenzen (Aufgaben und Ziele sind transparent)	Quartiersmanagement Sozialamt entsprechende Ämter/Dezernate
Dauerhafte wissenschaftliche Begleitung	Quartiersbezogene Dauerbeobachtung: längerfristige Evaluation von Resonanz und Maßnahmen + Antizipation von (Neben-)Folgen	Eine wissenschaftliche Begleitung ist sichergestellt und liefert regelmäßig Indikatoren	Quartiersmanagement Sozialamt Wissenschaftliche Begleitung

5. Vorsichtige Prognostik: Erwartungen für die Zukunft und mögliche Handlungsbedarfe

Mit Blick auf das verwaltungsintern ausgegebene Ziel der nachhaltigen „Aktivierung“ der Anwohnerschaft (und optionaler Übergabe des Platzes in die Selbstverwaltung der Anwohnerschaft) ließen sich mindestens drei Szenarien denken:

- Szenario #1: Auch weiterhin engagieren sich gewisse Teile der Anwohnerschaft *für* den und *auf* dem Bremer Platz.
- Szenario #2: Es engagieren sich gewisse Fraktionen der Anwohnerschaft für den Bremer Platz, hierbei handelt es sich jedoch um andere Teile der Anwohnerschaft als diejenigen, die sich im Umbauprozess engagiert haben.
- Szenario #3: Die Anwohnerschaft verliert – aus unterschiedlichen Gründen – das Interesse, sich für den Bremer Platz zu engagieren.

Bei Eintritt von Szenario #1 würde erst einmal kein zwingender Handlungsbedarf bestehen. Das Quartiersmanagement wäre hier aber gefragt, dieses partizipative Engagement der Anwohnerschaft nachhaltig zu fördern, und zwar über neue Anreize (wie z.B. gemeinsame „Projekte“) oder als „Entlassung“ der Engagierten in Formen autonomer Selbstorganisation (z.B. „Platzrat“). Ausgehend von einem Grundlevel von Bürgerbeteiligung wäre es zudem möglich, schrittweise neue Gruppen und Interessierte zu „aktivieren“. Einen Sonderfall eines solchen Szenarios stellt der Fall von Szenario #2 dar. Generell wäre das Eintreten dieses Falls erst einmal nicht problematisch, denn auch hier könnte von einer Basis ausgehend eine nachhaltige und dynamisierte „Aktivierung“ im Stadtraum angestrebt werden. Hier besteht die Problematik eher

in der Frage, warum diejenigen, die sich vormals im Prozess beteiligt haben, dies nun nicht mehr tun. Erklärungsbedürftig wären in diesem Fall die Gründe für den Rückzug bzw. den Partizipationsverzicht. Ein gravierendes Problem würde im Fall des Eintretens von Szenario #3 bestehen. Hier bestände dann nicht allein die Notwendigkeit der Ursachenfindung für die nicht-nachhaltige „Aktivierung“ bzw. den sozial weitreichenden Verzicht auf politische Teilhabe, sondern es müssten insbesondere neue Wege und Kanäle der „Aktivierung“ entwickelt und realisiert werden.

Mit Blick auf das politisch ausgegebene Ziel des Verbleibs der „Szene(n)“ ließen sich mindestens drei Szenarien denken:

- Szenario #1: Die „Szene(n)“ nehmen nach dem Umbauprozess ihren angestammten Platz an der Nordseite des Platzes ein und erkennen die ihnen zugewiesenen Grenzen weitestgehend an.
- Szenario #2: Lediglich ein gewisser Teil der „Szene(n)“ nimmt den ihnen zugedachten Ort an. Die übrigen Szenegruppierung verstreuen sich sowohl über andere Bereiche des Platzes als auch in Bereichen der angrenzenden Stadtquartiere.
- Szenario #3: Durch den Umbauprozess ist die ansässige „Szene“ „verortet“ worden, hat nun andere Plätze gefunden, bleibt hier und kehrt nicht zum Bremer Platz zurück.

Der Eintritt von Szenario #1 stellt gewissermaßen die Wunschvorstellung von Lokalpolitik, kommunaler Administration und großen Teilen der Zivilgesellschaft und Anwohnerschaft im Quartier dar. Das Eintreten dieses Zustandes stellt allerdings keinesfalls eine Zwangsläufigkeit dar. Wie unsere Analysen zeigen, haben die Umbaumaßnahmen einen Modus Vivendi irritiert und das Arrangement auf dem und rund um den Bremer Platz nachhaltig durcheinandergebracht. Im Zuge der Umbaumaßnahmen ist es so zu einer Art „natürlicher“ Verdrängung der „Szene(n)“ bzw. bestimmter Fraktionen der „Szene“ gekommen. Beim Eintreffen von Szenario #2 würde die Nordseite des Bremer Platzes nur einen Aufenthaltsort unter anderen für die Mitglieder der „Szene(n)“ darstellen. Hier wären dann Sicherheitsbehörden, Organisationen der sozialen Arbeit, zuständige Verwaltungsbehörden und Lokalpolitik gefragt, zu entscheiden, ob eine forcierte Zentrierung oder eine gebilligte Fragmentierung der „Szene(n)“ strategisch (und moralisch) Ziel einer mittel- und langfristigen Quartiers- und Stadtentwicklung sein sollte bzw. (auch rechtlich gesehen) sein kann. Im Fall von Szenario #3 würde ein Zustand eintreten, der zwar nicht sehr wahrscheinlich ist, da soziale Infrastruktur und Erwerb- und Konsumchancen vor Ort am Bremer Platz gegeben sind und zudem auch die eingelebte Tradition der „Szene(n)“ nicht außer Acht gelassen werden sollte, der aber von Teilen der Anwohnerschaft, Gewerbetreibenden und Investoren durchaus begrüßt werden würde. In diesem Fall würde zwar das ausgegebene Ziel der Stadtverwaltung, die Fläche des Bremer Platzes für die bürgerlichen Mittelschichten des Quartiers nutzbar zu machen, aufgehen. Gleichzeitig würde es durch die Verortung der „Szene(n)“ aber lediglich zu einer lokalen Verlagerung der Konflikte und sozialen Probleme vom Bremer Platz auf andere Orte im Stadtraum kommen.

Mit Blick auf das verwaltungsintern ausgegebene Ziel der Belebung der Fläche ließen sich mindestens drei Szenarien denken:

- Szenario #1: Der umgestaltete Bremer Platz wird nicht (oder lediglich marginal) von Anwohnerschaft und Reisenden genutzt.

- Szenario #2: Der umgestaltete Bremer Platz wird von Anwohnerschaft und Reisenden stark genutzt, es ergeben sich keine Komplikationen mit der sich dort aufhaltenden „Szene“.
- Szenario #3: Der umgestaltete Bremer Platz wird von Anwohnerschaft und Reisenden stark genutzt, es ergeben sich aber Konflikte zwischen „Szene(n)“ und Anwohnerschaft bzw. Reisenden.

Szenario #1 wäre prinzipiell die Rückkehr zum Status, der auf dem Bremer Platz vor dem Beginn der Umbaumaßnahmen herrschte. Der Bremer Platz wäre dementsprechend ein Terrain, das relativ exklusiv für die „Szene(n)“ da ist und auf dem die bürgerliche Anwohnerschaft, die quartierseigene Zivilgesellschaft und Reisende keinen Platz haben. Vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Ansprüche und Ziele der Sozialarbeit wäre ein derartiges Szenario keine schlechte Lösung. Der Fall würde allerdings mit den Zielen der Stadtverwaltung (Quartiersmanagement) und den Interessen von Anwohnerschaft und Investoren konfliktieren, da mittelfristig eine Belebung der Fläche des Bremer Platzes durch Reisende und Anwohnerschaft angestrebt wird. Die Wunschvorstellung vieler am Verfahren Beteiligter tritt im Fall von Szenario #2 ein. Hier läge demnach eine gemeinsame Nutzung der Fläche vor, bei gleichzeitiger gegenseitiger Anerkennung der *ex ante* jeweils zugewiesenen Grenzen und exklusiven Bereiche. Hier bestände erst einmal kein zwingender Handlungsbedarf. Es wäre aber durchaus möglich, dass ein solches Szenario auch ohne den sozialen Frieden der gegenseitigen Anerkennung eintreten könnte (Szenario #3). Hier käme es dann zu Konflikten zwischen der „Szene“ und den anderen Nutzergruppen. Denkbar wäre beispielsweise, dass die „Szene(n)“ aufgrund interner Konflikte, Wachstum etc. expandiert und sich Bereiche aneignet, die ihr bei der Planung der sozialen Architektur der Fläche nicht zugewiesen wurden. In diesem Fall ginge es darum zu klären, ob es moralisch und rechtlich überhaupt vertretbar bzw. möglich ist, Mitgliedern der „Szene(n)“ die Nutzung bestimmter Bereiche der Fläche abzusprechen bzw. der Anwohnerschaft sowie den Reisenden ein legitimes und exklusives Recht auf die Nutzung „ihrer“ Bereiche zuzusprechen. Denkbar wäre hier, dass das Quartiersmanagement und die Sozialarbeit vor Ort deeskalierend und mediiierend intervenieren.

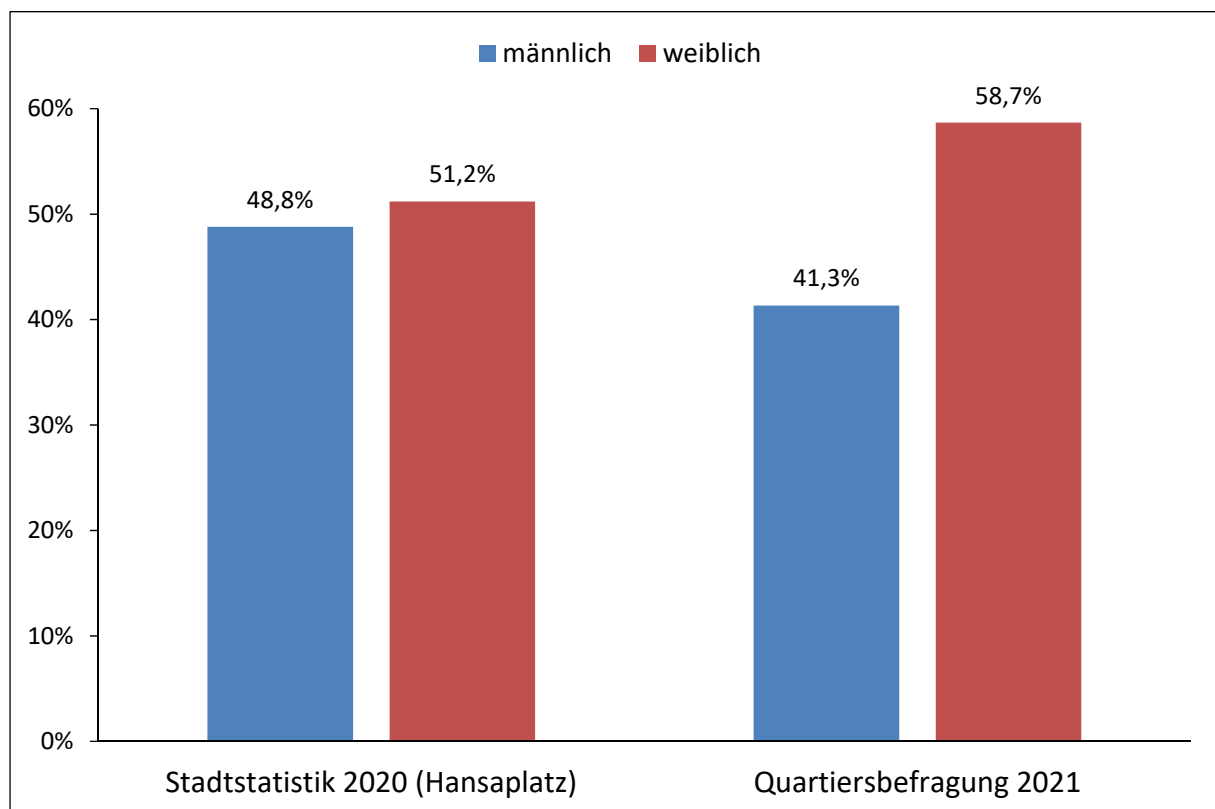
6. Anhang

6.1. Repräsentativität der Stichprobe (Quartiersbefragung im Hansaviertel)

In der empirischen Sozialforschung gilt eine Befragung als „repräsentativ“, wenn sie (a) die Grundgesamtheit angemessen abbildet, (b) die Stichprobe aus der Grundgesamtheit aufgrund einer Zufallsauswahl ausgewählt wurde, bei der jedes Element der Grundgesamtheit eine gleiche Chance hat, in die Auswahl zu kommen, und sich (c) der Stichprobenfehler bestimmen lässt.

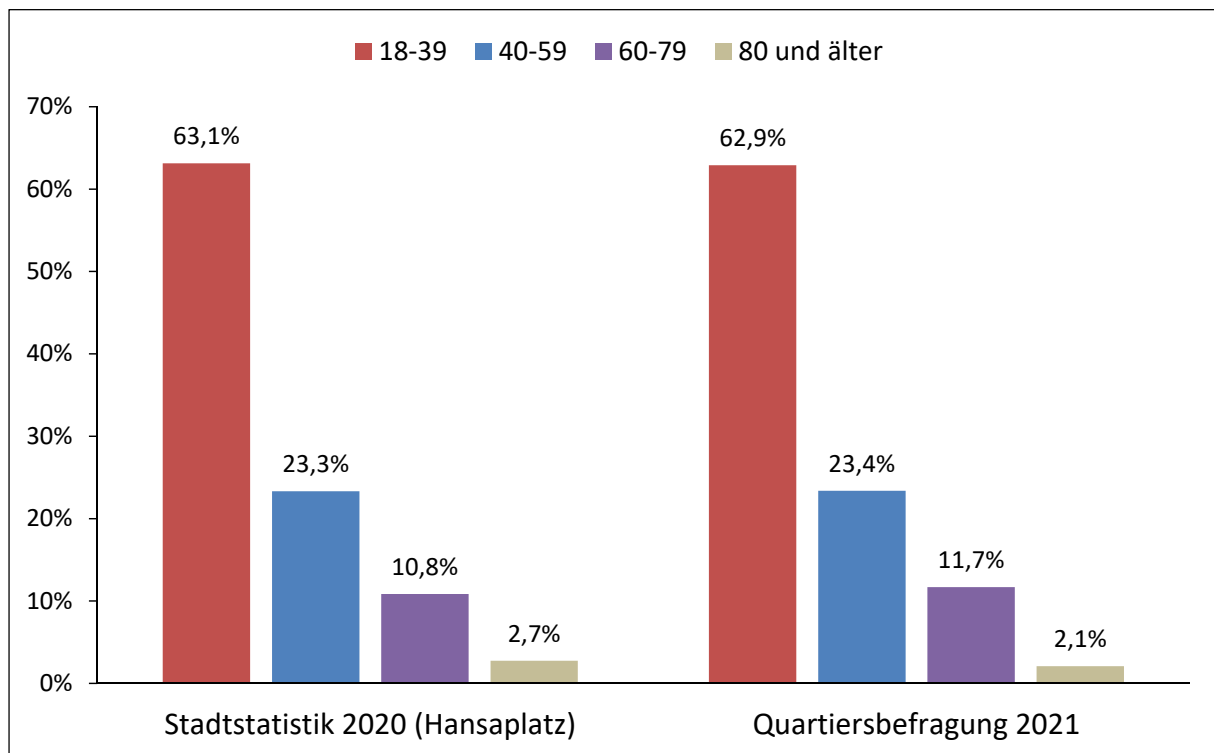
Im Vergleich zu den offiziellen Zahlen des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung der Stadt Münster zeigt sich, dass die Verteilung des Geschlechts in der Stichprobe die Verteilung der Grundgesamtheit (wohnberechtigte Bevölkerung im Stadtbezirk Hansaplatz über 18 Jahre) annähernd abbildet, wobei Frauen in unserer Stichprobe etwas überrepräsentiert sind. Dieses Phänomen ist aus der Umfrageforschung bekannt. In den bivariaten Analysen der Daten zeigt sich zudem, dass das Geschlecht eine zu vernachlässigende Rolle beim Antwortverhalten spielt.

Abbildung A1: Verteilung nach Geschlecht



Bei der Altersverteilung gibt es lediglich marginale Abweichungen gegenüber der Grundgesamtheit. Anders als dies häufig bei telefonischen oder auch webbasierten Befragungen der Fall ist, kann eine postalische Befragung (mit Option einer selbstadministrierten Teilnahme über einen Online-Fragebogen) die Altersverteilung der Zielpopulation hier angemessen abbilden.

Abbildung A2: Verteilung nach Alter

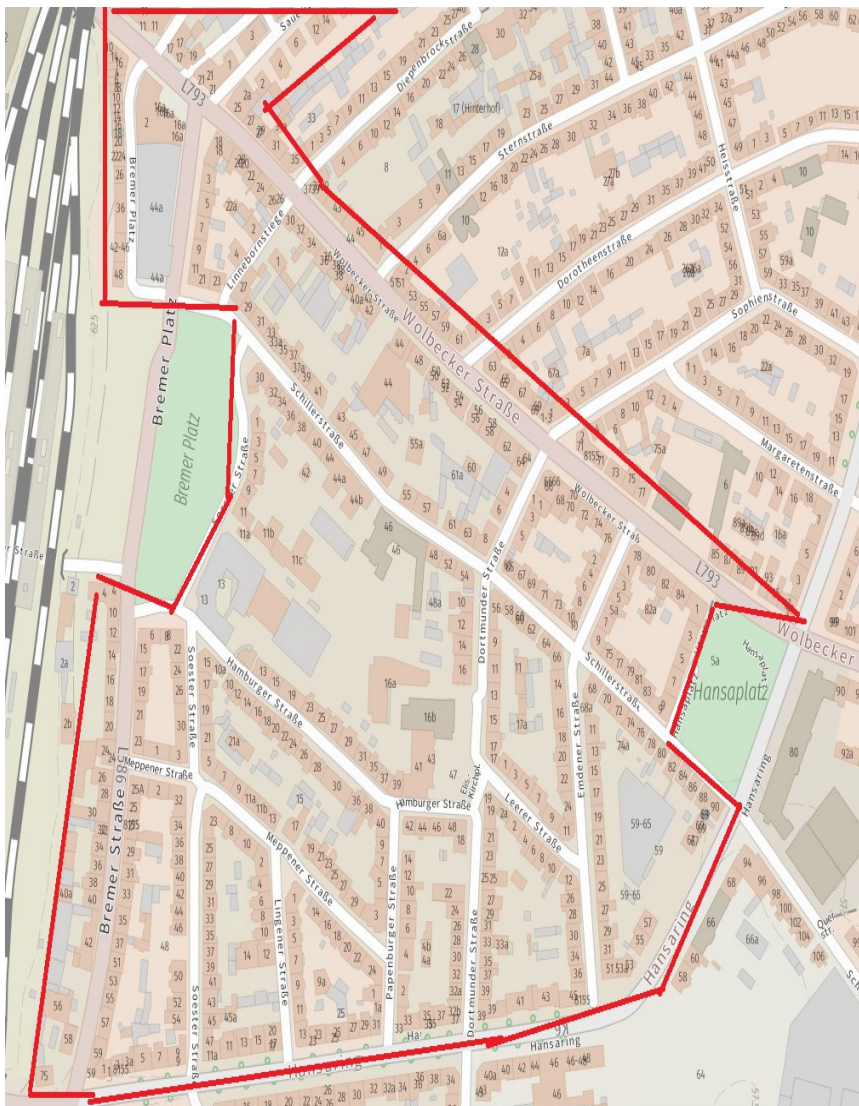


6.2. Erhebungsmethode

Es wurde bei der postalischen Befragung bewusst auf eine Stichprobenziehung verzichtet und eine „Vollerhebung“ angestrebt. Dies bedeutet, dass jeder Haushalt (resp. „Briefkasten“) im Hansaviertel einen Brief bekommen hat. Als statistischer Vergleichsmaßstab wurde der Stadtteil „Hansaplatz“ gewählt (2020: 7.088 gemeldete Personen/5.069 Haushalte). Im eigentlichen Hansaviertel, also dem Gebiet zwischen Bremer Straße (West), Wolbecker Straße (Nord), Hansaring (Ost), Hansaring (Süd), leben allerdings wesentlich weniger Personen bzw. Haushalte (2020: 3.527 gemeldete Personen/2.591 Haushalte, Statistische Sonderauskunft, 61.12.0001). Als Erhebungsgebiet wurde das Hansaviertel gewählt, hinzu kam allerdings erstens die östliche Straßenseite der Bremer Straße, die nördliche Straßenseite der Wolbecker Straße bis zur Kreuzung Wolbecker Straße-Hansaring sowie der Bereich hinter Netto an der Wolbecker Straße (Sauerländer Weg, Zum Sande Straße etc.) (siehe Abbildung A3).

Die Befragung wurde als postalische Befragung durchgeführt, bei der die Befragten (1) einen beigelegten Fragebogen schriftlich beantworten und in einem beigelegten vorfrankierten Rückumschlag an die WWU zurücksenden konnten oder aber (2) über einen beigelegten Code online an der Umfrage teilnehmen konnten.

Abbildung A3: Erhebungsgebiet



Für die Erhebung wurden zwischen dem 15.03.2021 und dem 06.04.2021 im Hansaviertel 2.941 Briefe verteilt. Insgesamt haben sich 981 Personen an der Umfrage beteiligt. Davon haben etwa 20% (198 Personen) die Online-Variante gewählt und etwa 80% (783) haben den vorfrankierten Rückumschlag bevorzugt. Die Ausschöpfungsquote von 33,4% kann (a) angesichts des Themas, das nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen interessiert, (b) der Tatsache, dass keine Vorankündigung in der Presse vorgenommen wurde, und (c) angesichts des Verzichts auf eine Nachhaktion als sehr gut bezeichnet werden.

Für 981 Befragte lassen sich die folgenden Fehlertoleranzen bestimmen:

Anteilswert	Fehlertoleranz
5%	1,4 Prozentpunkte
10%	2,0 Prozentpunkte
25%	2,3 Prozentpunkte
50%	2,9 Prozentpunkte
75%	2,3 Prozentpunkte
90%	2,0 Prozentpunkte
95%	1,4 Prozentpunkte

Diese Fehlertoleranzen geben an, in welchem Bereich sich ein Ergebnis der Befragung mit 95%iger Sicherheit in der Grundgesamtheit (=Hansaviertel) tatsächlich wiederfinden wird.

Auch wenn postalische Befragungen im Allgemeinen weitgehend unkritisch gesehen werden, muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass in der wissenschaftlichen Diskussion z.T. auch Kritik an postalischen Befragungen geäußert wird, die sich vor allem auf die geringen Rücklaufquoten und das Problem der Selbstrekutierung richtet. In den letzten Jahren wird diese Kritik jedoch zunehmend relativiert, da auch Telefon-, Online- oder Face-to-Face-Befragungen Probleme hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft haben und sich die Rücklaufquoten so nicht mehr gravierend voneinander unterscheiden.

Wichtig ist aber dennoch, dass bei postalischen Befragungen großer Wert auf die Qualität der Instrumente gelegt werden muss. Vor allem die zentralen Empfehlungen der Tailored Design Method (TDM) sollten bei der Befragung also unbedingt umgesetzt werden:

- Zentral war ein durchdachtes Anschreiben mit vertrauenserweckendem, neutralem Absender (Universität Münster), lokaler Einbindung (Stadt Münster/Quartiersmanagement) sowie Betonung der Wichtigkeit der Umfrage (Attraktivität und Zukunft des Stadtteils, Möglichkeit über die Umfrage selbst mitzugestalten) und Seriosität der Methodik (repräsentative Stichprobe).
- Ein aktueller Bezug (Umbaumaßnahmen am Bremer Platz/Hansator), der die Wichtigkeit der Befragung betont hat.
- Eine konkrete Unterstützung der Befragung durch Auftraggeber und Partner. Die Befragung wurde in den Gremien/Treffen durch begleitende Informationsarbeit, die auf die Wichtigkeit der Befragung hinwies, lanciert.
- Der Fragebogen war auf zwei Seiten begrenzt und wies daneben auch ein leserfreundliches Design auf, um die Befragten zur Teilnahme zu animieren, weshalb auf einen computerlesbaren Fragebogen verzichtet und eine (doppelte) manuelle Eingabe vorgenommen wurde.
- Neben der Option, den Fragebogen per Hand auszufüllen und in dem beigelegten vorfrankierten Umschlag an die Universität zurückzusenden, hatten die angeschriebenen Haushalte auch die Möglichkeit, über einen personalisierten Online-Code und einen Web-Link an einer web-basierten Version der Befragung teilzunehmen.
- Im Anschreiben wurde großer Wert auf die Betonung von Anonymität gelegt. Auf eine Kennzeichnung der Fragebögen, um beispielsweise Straßen oder Häuserblöcke identifizieren zu können und darüber Fragebögen lokal zuordnen zu können, wurde bewusst verzichtet.

6.3. Fragebogenkonstruktion

Der Fragebogen bestand aus verschiedenen inhaltlichen Fragen zu

- Meinungen zum Beteiligungsverfahren
- Sichtweisen auf das Quartier
- Quartiersbezogenes Informationsverhalten
- Kenntnis unterschiedlicher Interessenvertretungen

- Verhalten im Quartier
- Engagement im Quartier

Diese Inhalte wurden mit demographischen Angaben (Geschlecht, Alter, Wohnform, Haushaltszusammensetzung, Bildungsgrad, Wohndauer, sozialer Status) flankiert, um zum einen bivariate bzw. multivariate Analysen möglich zu machen und zum anderen die Qualität der Stichprobe einschätzen zu können.

Die Konstruktion der Items fand zum einen auf Basis soziologischer Theorieangebote und vorliegender Forschung sowie der langjährigen, praktischen Erfahrung der Forschungsgruppe bei regionalen Befragungen statt. Zum anderen erfolgte der Zuschritt der Items auf Grundlage von Gesprächen und Diskussionen mit den involvierten Projektpartnern aus Politik und Verwaltung im Rahmen der Projektgruppen-Treffen mit dem Quartiersmanagement und dem Sozialamt.